

**Einwohnerratssitzung 2016/2017
Protokoll Nr. 3**

Sitzungsdatum **Donnerstag, 3. November 2016**
Sitzungszeit 13:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Ort Gallusheim, Gemeindehausstrasse 9, Kriens

Protokoll	Präsidialdienste	
Direktwahl	041 329 63 09	3. November 2016

Anwesend	Präsident	Raphael Spörri
	Einwohnerrat	26 Mitglieder
	Gemeinderat	5 Mitglieder
	Gemeindeschreiber	Guido Solari
	Protokoll	Janine Lipp
Entschuldigt		Roger Erni Raoul Niederberger Beat Tanner

Traktanden

- | | | | |
|-----|--|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 76 |
| 2. | <u>Bericht und Antrag:</u> Aufgaben- und Finanzplan 2017 – 2021 mit Voranschlag 2017 | Nr. 003/16 | Seite 77 |
| 3. | <u>Bericht und Antrag:</u> Baukredit Aussenanlagen Sportzentrum Kleinfeld | Nr. 006/16 | Seite 96 |
| 4. | <u>Bericht und Antrag:</u> Mantelnutzung im Stadion Kleinfeld für die Sportschule Kriens, Sonderkredit und Eventualverpflichtung | Nr. 004/16 | Seite 108 |
| 4a. | <u>Dringliches Postulat Büchi:</u> Kaufverhandlungen mit Andritz Hydro AG um freiwerdenden Arealteil | Nr. 008/16 | Seite 112 |
| 4b. | <u>Dringliche Motion B. Bienz:</u> Landkauf von Andritz Hydro | Nr. 010/16 | Seite 116 |
| 5. | <u>Beantwortung Interpellation Ercolani:</u> Gesetzeswidrig aufgestellte Wahlplakate | Nr. 236/16 | Seite 118 |
| 6. | <u>Postulat Manoharan:</u> Mobile Plakatständer für zentrumsnahe Plätze
<i>Begründung</i> | Nr. 243/16 | Seite 120 |
| 7. | <u>Postulat Heiz:</u> Längere Öffnungszeiten der Verwaltung
<i>Begründung</i> | Nr. 245/16 | Seite 124 |
| 8. | <u>Postulat Kaufmann:</u> Win-Win: Doppelturnhalle plus Schulraum
<i>Begründung</i> | Nr. 247/16 | Seite 124 |
| 9. | <u>Motion Tanner:</u> Einführung Finanzhaushaltsreglement mit HRM2
<i>Begründung</i>
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 249/16 | Seite 126 |
| 10. | <u>Bericht Postulat Piras:</u> Zentrale Anlaufstelle für die Krienser Vereine
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 210/15 | Seite 126 |
| 11. | <u>Bericht Postulat Burkhardt:</u> Pilatusbahnen – Echte Vergünstigungen für die Krienser Bevölkerung
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 215/15 | Seite 126 |
| 12. | <u>Beantwortung Interpellation Graf:</u> Vergabe der Abbrucharbeiten der gemeindeeigenen Häuser im Hochwald
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 242/16 | Seite 127 |
| 13. | <u>Postulat Piras:</u> Langfristige Schulraumplanung mit einer neuen Schulanlage
<i>Begründung</i>
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 001/16 | Seite 127 |

14. Fragestunde
(max. 30 Min.)
aus Zeitgründen abtraktandiert

Seite 127

Neueingangsliste

- Nr. 003/16 Bericht und Antrag: Aufgaben- und Finanzplan 2017 – 2021 mit Voranschlag 2017
- Nr. 004/16 Bericht und Antrag: Mantelnutzung im Stadion Kleinfeld für die Sportschule Kriens, Sonderkredit und Eventualverpflichtung
- Nr. 006/16 Bericht und Antrag: Baukredit Aussenanlagen Sportzentrum Kleinfeld
- Nr. 007/16 Postulat Lammer: Strategie eingezonte Grundstücke der Gemeinde Kriens
Eingang: 19.10.2016
- Nr. 008/16 Dringliches Postulat Büchi: Kaufverhandlungen mit Andritz Hydro AG um freiwerdenden Arealteil
Eingang: 24.10.2016
- Nr. 009/16 Postulat Graf: Christliche Symbole in den Klassenzimmern der Schulen
Eingang: 24.10.2016
- Nr. 010/16 Dringliche Motion B. Bienz: Landkauf von Andritz Hydro
Eingang: 24.10.2016
- Nr. 253/16 Beantwortung Interpellation Heiz: Übernahme Gemeindestrassen durch den Kanton

Raphael Spörri begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Einwohnerratssitzung. Für die Neue Luzerner Zeitung schreibt Beatrice Vogel.

„Bisher hiess, politisch vernünftig sein, das geringere Übel zu wählen. Doch was tun, wenn ich nicht mehr weiss, wo das geringere Übel liegt?“ Dies ist ein Zitat von Peter Sloterdijk, deutscher Philosoph, Kulturwissenschaftler und Buchautor. Lasst uns gemeinsam nach dem kleinsten „Übel“ suchen und zum Wohle der Gemeinde gute Beschlüsse fassen.

Entschuldigt haben sich Roger Erni, Raoul Niederberger und Beat Tanner.

Die Pause ist von 16:00 Uhr bis 16:20 Uhr vorgesehen. Sitzungsschluss ist um 19:00 Uhr.

1. Mitteilungen

Zur Traktandenliste sind nach Raphael Spörri keine Änderungsanträge eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf.

Am 24. Oktober 2016 hat Cla Büchi das dringliche **Postulat: Kaufverhandlungen mit Andritz Hydro AG um freierwerdenden Arealteil (Nr. 008/2016)** eingereicht.

Der Vorsitzende erteilt das Wort an Cla Büchi zwecks Begründung der Dringlichkeit des Postulates.

Cla Büchi führt aus, dass gemäss Aussagen aus dem Gemeinderat und der Luzerner Zeitung die Andritz Hydro AG den nicht mehr gebrauchten Teil des Areals möglichst schnell verkaufen will. Wenn die Gemeinde Kriens ein Kaufangebot unterbreiten soll, muss sie schnell handeln und Kaufverhandlungen aufnehmen. Darum ist die Überweisung des Postulats dringlich, auch weil die Andritz Hydro AG angetönt hat, dass sie bis Ende 2016/Anfangs 2017 einen Käufer möchte.

Da der Dringlichkeit nicht opponiert wird, gilt das Postulat als dringlich erklärt. Das Postulat wird unter dem Traktandum 4a behandelt.

Am 24. Oktober 2016 hat Bruno Bienz die dringliche **Motion: Landkauf von Andritz Hydro (Nr. 010/2016)** eingereicht.

Der Vorsitzende erteilt das Wort an Bruno Bienz zwecks Begründung der Dringlichkeit der Motion.

Gemäss Bruno Bienz ist es sicher 2 Minuten vor 12 Uhr, wenn man eine Chance haben will, dort mitzumischen. Wenn es später behandelt wird, ist es Makulatur. Deshalb ist es dringlich.

Da der Dringlichkeit nicht opponiert wird, gilt die Motion als dringlich erklärt. Die Motion wird unter dem Traktandum 4b behandelt.

Mitteilungen seitens des Präsidiums

Raphael Spörri möchte etwas zur Behandlung von zugewiesenen Geschäften durch die vorberatenden Kommissionen mitteilen. Dem Protokoll der KBVU kann entnommen werden, dass sie keine Beschlussfassung zum Traktandum 3 vorgenommen haben. Das Geschäft wurde durch die Geschäftsleitung des Einwohnerrates zugewiesen, d.h. dass zwingend ein Beschluss der Kommission erfolgen muss. Der Einwohnerrat kann nur Geschäfte behandeln, bei welchen ein Beschluss der vorberatenden Kommission vorliegt. Beim erwähnten Geschäft hat die KFG einen Beschluss gefällt, weshalb das Geschäft heute behandelt werden kann. Der Sprechende weist die Präsidenten der Kommissionen darauf hin, für einen geordneten Geschäftsgang diesem Umstand Beachtung zu schenken.

Mitteilungen seitens des Gemeinderates

Lothar Sidler erklärt, dass der Einwohnerrat im Verlauf des Novembers den B+A über die Ver selbständigung der Heime erhält. Der Gemeinderat möchte diese Papiere relativ schnell zu stellen, weil es ein komplexes und umfangreiches Geschäft ist. Der Einwohnerrat hat etwa zwei Monate Zeit, um sich auf dieses Geschäft vorzubereiten. Die Behandlung im Einwohner rat wird im Januar 2017 erfolgen. Weil dieses Geschäft so umfangreich und komplex ist, hat der Gemeinderat die Kommissionspräsidenten und den Einwohnerratspräsidenten angefragt, ob eine Informationsveranstaltung durchgeführt werden kann. Er hat von allen die Zustimmung erhalten. Dort können sich die Einwohnerratsmitglieder, der Seniorenrat und allfällige interessierte Gruppen informieren, was in diesem B+A steht und wie er aufgebaut ist. So kann man sich ein erstes Bild über dieses Geschäft machen. Die Informationsveranstaltung ist am 6. Dezember 2016 vorgesehen. Der Beginn wird ca. um 17:30 Uhr / 18:00 Uhr erfolgen. Der Gemeinderat und Experten werden das Projekt inhaltlich vorstellen und erklären, wie dieser B+A zu lesen ist. Es findet keine inhaltliche Diskussion über das Geschäft statt, sondern es ist nur eine reine Informationsveranstaltung. Allenfalls können Fragen entgegengenommen werden, die zu einem späteren Zeitpunkt beantwortet werden. Auch Empfehlungen nimmt der Gemeinderat entgegen, wenn noch weitere Unterlagen gewünscht werden.

Raphael Spörri bittet darum diesen Termin wahrzunehmen, da man davon nur profitieren kann.

2. Bericht und Antrag: Aufgaben- und Finanzplan 2017 – 2021 mit Voranschlag 2017 **Nr. 003/16**

Raphael Spörri begrüsst als Sachverständigen Franz Bucher.

Gemäss Martin Zellweger hat die Kommission für Finanzen und Gemeindeentwicklung (KFG) den Bericht und Antrag in ihrer Sitzung von vergangener Woche behandelt und intensiv diskutiert. Der Aufgaben- und Finanzplan 2017 wurde vom Leiter Finanzdienste, Franz Bucher, kompetent vorgestellt. In der Detaildiskussion konnte auf verschiedene Fragen eingegangen werden. Das Eintreten auf den Antrag stand dabei nicht zur Diskussion. Sämtliche Mitglieder und Fraktionsvertreter waren sich aus unterschiedlichen Blickwinkeln einig, dass der vorliegende Aufgaben- und Finanzplan sowie der Voranschlag keine wesentlichen Überraschungen enthalten. Der Voranschlag reflektiert mehr oder weniger die 4-Säulenstrategie, wie sie vom Gemeinderat immer wieder aufgezeigt und referenziert wurde. Er rechnet mit einem Aufwandüberschuss von 1.962 Mio. Franken und stellt zugleich ein ausgeglichenes Budget 2018 in Aussicht. Für die einen stellt dies eine Bestätigung der Richtigkeit des eingeschlagenen Weges der Gemeinde dar, bei dem das Konsolidierungsprogramm KP17 des Kantons einen Strich durch die Rechnung machen könnte. Für die anderen ist der defizitäre Finanzplan auch in diesem Jahr der falsche Umgang mit der ansteigenden Verschuldung, dem nicht mehr vorhandenen Eigenkapital sowie dem hohen Risiko von KP17. Festgestellt wurde, dass das Wachstum der Steuereinnahmen im Gegensatz zu den Investitionen nicht mit dem Finanzplan schritt hält und dass das Steuerwachstum 2017 mit knapp 3 % je nach Wertung als optimistischer oder als zu hoch eingestuft wird. So oder so stellt es ein beachtliches Risiko dar. Bemerkte wurde weiter, dass die Erhöhung der Personalkosten auch in diesem Jahr mit 0.5 % tief angesetzt ist und sich u.a. mit der im Plan genannten Zielsetzung eines leistungsorientierten Lohnsystems nicht vertragen. KP17 wurde von allen Kommissionsmitgliedern zurzeit als grosses Risiko taxiert. Die KFG steht klar hinter den Massnahmen des Gemeinderates, sich dafür

stark zu machen, dass nicht weitere Aufgaben mit Kostenfolgen einseitig auf die Gemeinden abgewälzt werden. Damit steht die KFG auch für die Unterstützung des Gemeinderats ein, sollte dies ein zielführender Weg sein. Trotzdem konnte in der Diskussion festgestellt werden, dass neben den Abwehrmassnahmen zurzeit keine weiteren Schritte oder Massnahmen zum Umgang mit möglichen Mehrkosten durch KP17 geplant werden. KP17 wird erst im AFP 2018 eingearbeitet. In der Detailbesprechung hat sich die KFG für einmal auf ihre strategische Aufgabe zurückbesonnen und anstelle einer vertieften Diskussion von einzelnen Budgetpositionen die Ziele und Massnahmen 2017 - 2021 thematisiert. Dabei kam zum Ausdruck, dass im Rahmen des präsentierten Planes formulierte Ziele nur schwer auf ihre Wirkung zu überprüfen sind. Die Ziele 2021 sind im Wesentlichen die im letzten Jahr präsentierten Ziele 2020, was unweigerlich zur Frage führt, ob es dann auch die Ziele 2022 sein werden. Ob Kriens sich auf Kurs befindet diese Ziele zu erreichen, wäre nur mit konkreten Wirkungskenngrössen überprüfbar und erfordert klare Etappenziele. Die KFG wird sich zukünftig vermehrt dieser strategischen Aufgabe widmen. Die KFG hat letztendlich entschieden nach Eintreten auf den AFP dem Antrag des Gemeinderates auch zuzustimmen.

Die KBSG hat laut Erwin Schwarz im B+A die von ihr betroffenen Konten in einer längeren Sitzung diskutiert und die Zahlen mit allen Abteilungsverantwortlichen und den beiden Departementsvorstehern besprochen und entsprechende Fragen gestellt. Sämtliche Fraktionen sind für Eintreten auf den Aufgaben und Finanzplan. Zwei Fraktionen werden das Budget aber ablehnen. Das Budget über die ihr zugeteilten Konten wurde mit einem Stimmenverhältnis von 5:4 angenommen. Es wurden einige Bedenken geäussert. Welche Kosten kommen auf Grund des möglichen KP17 vom Kanton auf die Gemeinde zu. Die Auswirkungen auf das Budget wären fatal. Die Auslagerung der Heime ist im Budget 2017 voll eingeplant. Was ist, wenn der Einwohnerrat diese Auslagerung ablehnen wird? Das geplante Wachstum der Gemeinde Kriens ist im Finanzplan primär auf der Einnahmeseite bei den Steuern abgebildet. Bei der Kostenseite fehlt praktisch immer das entsprechende Wachstum. Dazu gehört auch die stetige Steigerung der wirtschaftlichen Sozialhilfe. Neue Wohnungen für den Mittelstand heisst nicht nur höhere Steuereinnahmen. Denn die leer werdenden alten oder günstigen Wohnungen werden in der Regel von Personen bezogen, die auf Unterstützung angewiesen sind. Ebenfalls hat die KBSG Bedenken, dass im Aufgaben- und Finanzplan die generelle Stellenentwicklung, bedingt durch das geplante Bevölkerungswachstum nicht abgebildet ist. Auch hier wird primär nur das Wachstum der Steuereinnahmen abgebildet, aber nicht die entsprechenden Kosten. Es fehlten ihr auch Angaben zur Abbildung des Lehrplans 21 im Finanzplan. Positiv wurde aufgenommen, dass die Spitex dank Sparmassnahmen das Budget 2017 um rund ¼ Mio. Franken entlastet. Trotz der 4-Säulenstrategie beruht das Budget nach wie vor auf dem Prinzip Hoffnung. Primär wird versucht die Einnahmen zu optimieren. Die Aufgabe der KBSG wird als herausfordernd betrachtet. Sie berät über 80 % des Gemeindebudgets, wobei zu berücksichtigen ist, dass die meisten Kosten gebunden sind. Generell hat sie aber den Eindruck, dass von Seiten der Verwaltung sehr gute Arbeit geleistet wird. Wie eingangs erwähnt wurde das Budget über die ihr zugeteilten Konten mit einem Stimmenverhältnis von 5:4 angenommen.

Gemäss Viktor Bienz hat Matthias Senn in der KBVU zugesichert, dass an der Strategie festgehalten wird, im Jahr 2018 eine schwarze Null zu schreiben. Die Vorgaben vom letzten Jahr konnten eingehalten werden. Jedoch die grossen Auswirkungen des Konsolidierungspakets 2017, genannt KP17, wird Kriens mit ca. 2 Mio. Franken belasten. Bei der KBVU betrifft dies die Mittelverteilung für Strassen und ÖV aus zweckgebundenen Einnahmen mit rund Fr. 650'000.00 die zu Lasten von Kriens fallen. Dieser Ausfall konnte im Bereich Bildung wieder kompensiert werden. Die Gebühreneinnahmen des Bau- und Umweltschutzes konnten im letzten Jahr von Fr. 600'000.00 auf Fr. 800'000.00 erhöht werden. Grund sind die vielen Sondernutzungspläne und Baubewilligungen. In der KBVU war das Eintreten auf den B+A

unumstritten. Allen ist klar, dass es hohe Investitionen sind, die der Einwohnerrat mit dem Zentrumsprojekt bewilligt hat. Man sieht die Finanzlage und stellt fest, dass viele Positionen gebundene Ausgaben sind. Für die einen sind die Sparbemühungen vom Gemeinderat ersichtlich. Für die anderen sind der Ausgabendruck und die Belastungen vom Kanton zu hoch und so nicht überwindbar und deshalb lehnen sie das Budget ab. Bei der Detailberatung gab es einige Fragen. Der Punkt 7.3 Umwelt und Raumordnung gab zu diskutieren. Es soll nicht nur kostengünstiger Wohnraum entstehen, sondern auch gemeinnütziger Wohnraum für Familien und den Mittelstand. Der Begriff Gemeinnützigkeit ist sicher klarer definiert. In der heutigen Zeit ist es mit den vielen Vorschriften schwer, kostengünstig zu bauen. Der Begriff ist allerdings auch nicht so einfach festzulegen. Eine solche Änderung geht den einen zu weit, denn sie finden Wohnungsbau ist Privatsache. Die Investoren sollen nicht eingeschränkt werden. Bei der nachfolgenden Abstimmung mit 3:3 Stimmen erforderte es einen Stichentscheid des Präsidenten. Mit 4:3 Stimmen wurde der Bemerkungsantrag angenommen. Somit soll der Satz ergänzt werden mit: *Entstehung von gemeinnützigem Wohnraum für Familien und den Mittelstand*. Zur Laufenden Rechnung wurden einige Verständnisfragen gestellt und beantwortet. Dem Beschlusstext wurde in Bezug auf die Konti der KBVU einstimmig zugestimmt.

Judith Mathis-Wicki, CVP/JCVP-Fraktion führt aus, dass der vorliegende Finanz- und Aufgabenplan 2017-2021 eine Fortschreibung der vorangegangenen Jahre ist und aufzeigt, wie sinnvoll es ist, auf dem eingeschlagenen Weg zu bleiben. Eine schwierige Finanzlage mit viel Nachholbedarf im Investitionsbereich, wie es Kriens leider seit Jahren hat, verlangt umso mehr eine seriöse, transparente und ehrliche Planung. So kann evtl. auch den Parteien, die Jahr für Jahr den AFP und das Budget ablehnen, aufgezeigt werden, dass dieser Weg zum Ziel führen wird. Aber zugegeben braucht es einen langen „Schnauf“, etliche schlaflose Nächte und es muss sogar mit Rückschlägen gerechnet werden. Nur wo bleiben die Alternativen, wenn man sieht, mit welchen Investitionen man in den nächsten Jahren noch zu rechnen hat, allein mit den Schulhaussanierungen. Es wäre aber fatal und noch viel teurer, wenn man den jahrelangen versäumten Gebäudeunterhalt weiter hinauszögert. Nach dem vorliegenden Aufgaben- und Finanzplan erreicht Kriens im 2017 mit 40.9 Mio. Franken Nettoinvestitionen bald den Höchststand der Planjahre. Nur durch die einmalige Desinvestition, die durch den Verkauf des Grundstückes Mülirain möglich wird, entschärft sich dieser Betrag wieder um 11 Mio. Franken. Die grössten Investitionsbrocken bleiben bei der Bildung mit den Schulhaussanierungen und Schulhauserweiterungen und bei der Allgemeinen Verwaltung mit den im Moment entstehenden neuen Zentrumsbauten. Mit den gemeindeeigenen Liegenschaften und Gebäuden, die der Gemeinderat nun in einer systematischen Planung und Bewirtschaftung zuführen will, erhofft sich die CVP/JCVP-Fraktion, dass auch noch die eine oder andere Türe aufgehen könnte. Geplant laut Aufgaben- und Finanzplan ist immer noch, dass Kriens sich ab 2019 wieder im grünen Bereich bewegt und in der Folge, die im Moment anwachsenden Schulden, wieder schrittweise reduzieren kann. Auch die geplanten Investitionen sind ab 2019 plafoniert, um die laufenden Kosten in den Griff zu bekommen. Die Krienser Bevölkerung wird laut Prognosen mit den Entwicklungsgebieten LuzernSüd und den Neubauten im Schweighof, Mattenhof und Nidfeld weiter kräftig wachsen. Leider, wie die Vergangenheit immer wieder gezeigt hat, drückt sich dieses Wachstum vor allem auch mit wachsenden Kosten für die notwendige Infrastruktur aus und erst verspätet mit steigenden Steuereinnahmen. Trotz diesen im Moment nicht rosigen Aussichten, tritt die CVP/JCVP-Fraktion auf den Bericht und Antrag ein und wird dem Aufgaben- und Finanzplan 2017-2021 mit Budget 2017 zustimmen. Sie steht klar hinter der 4-Säulenstrategie und ist für die Fortführung der erforderlichen konsequenten Massnahmen. An dieser Stelle möchte die CVP/JCVP-Fraktion dem Gemeinderat und den Mitarbeitenden für die gut lesbare Darstellung des AFP mit Budget und die grosse Arbeit, die dahinter steckt herzlich danken. Wie man im vorliegenden Budget 2017 sieht, ist Kriens finanztechnisch noch nicht über den Berg. Mit den 1.96 Mio. Franken Aufwandüberschuss fällt aber das Ergebnis 2017 sogar leicht besser aus, als im AFP 2015 prognostiziert. Ein grosser Strich durch die Rechnung, oder besser gesagt durch das Budget, macht der Gemeinde der Kanton

mit KP17. Die CVP/JCVP-Fraktion findet es absolut richtig, dass sich nun die grossen Agglo-Gemeinden auf die Hinterbeine stellen und nicht nur bellen, wie in den vergangenen Jahren, sondern bissig werden und das Gemeindereferendum ergreifen. Es kann nicht sein, dass der Kanton den Gemeinden vor allem jene Kosten weiter gibt, die in den nächsten Jahren unberechenbar und unkontrolliert anwachsen, wie beispielsweise Pflegefinanzierung oder Ergänzungsleistungen usw. Vorsichtshalber, was sie begrüsst, hat der Gemeinderat drei gewichtige, jedoch berechenbare Massnahmen aus KP17 ins Budget übernommen. Um keine falschen Signale zu setzen, sind aber die unberechenbaren, grossen Posten nicht per se übernommen worden. Die beiden grossen Brocken im Budget mit 68 %, die man praktisch nicht beeinflussen kann, bleiben weiterhin die Bildung und die Soziale Wohlfahrt. Mit der demographischen Entwicklung der Bevölkerung wird sich das auch in den nächsten Jahren nicht ändern. Genau diese hohen Kosten haben nun wirklich nichts, aber auch gar nichts mit Konsumausgaben zu tun, wie es von gewissen Seiten hier im Rat immer wieder behauptet wird. Die weiterhin sehr hohen Investitionen wirken sich auch 2017 mit hohen Abschreibungen im Budget aus. Dies führt 2017 unter anderem zu einem unschönen Bilanzfehlbetrag von 4.3 Mio. Franken, der sich wiederum im Budget zu seiner Tilgung durch vorgeschriebene Abschreibungen auswirkt. Die CVP/JCVP-Fraktion sieht, dass sich die Katze somit in den eigenen Schwanz beisst. Leider musste das Wachstum der Steuereinnahmen 2017 moderater budgetiert werden, nachdem die Steuereinnahmen 2016 nicht so fliessen, wie angenommen. Was in der CVP/JCVP-Fraktion kritisch diskutiert worden ist, ist die erneut knappe Steigerung der Personalkosten um 0.5 %. Dies wird sich früher oder später negativ auswirken und lässt keinen Spielraum für eine dynamische Personalförderung. In diesem Zusammenhang bedankt sie sich beim ganzen Gemeindepersonal für die konsequente Einhaltung des knapp bemessenen Budgets und die qualitativ gute Leistung die Jahr für Jahr erbracht wird. Die CVP/JCVP-Fraktion hofft, dass man im Rat eine sachlich konstruktive Diskussion rund um AFP und Budget führen kann, die uns als Gemeinde wirklich weiter bringt. Es sitzen alle im gleichen Boot und haben das gleiche Ziel von schwarzen Zahlen und einer dynamischen und lebendigen Gemeinde.

Die SVP-Fraktion hat laut Martin Zellweger den Aufgaben und Finanzplan zur Kenntnis genommen und bedankt sich beim Gemeinderat und den bearbeitenden Stellen der Verwaltung für die umfassende Arbeit. Es ist ihr durchaus bewusst, dass die Finanzplanung in der gegebenen Situation eine grosse Herausforderung bedeutet. Aus diesem Grund hat sich die SVP-Fraktion auch nie für diesen bewusst gewählten Weg der hohen und konzentrierten Verschuldung und Defizitplanung ausgesprochen. „*Kriens ist Pleite, aber optimistisch*“, so hat eine lokale Publikation ihren Kommentar zum Krienser Budget und Finanzplan betitelt. So scheint dieser Plan also von aussen wahrgenommen zu werden. Der Aufgaben- und Finanzplan 2017 beinhaltet ein Budget 2017, welches den Erwartungen der SVP-Fraktion insofern entspricht, dass dies die vom Gemeinderat immer wieder vertretene Sicht und Auslegung der 4-Säulenstrategie weiterführt und nicht vom Finanzplan abweicht. Die SVP-Fraktion kann diesen Optimismus nicht teilen. Der Grund dafür ist wie folgt. Das grösste Schuldenwachstum liegt direkt erst noch vor Kriens, das Eigenkapital ist schon jetzt sozusagen aufgebraucht und die Propkopschuld nimmt rekordverdächtige Formen an. Auch weitere Finanzzahlen sind weit weg von den Vorgaben des Kantons. Zugleich entspricht das ursprünglich projizierte Wachstum des Steuerertrags nicht mehr den Erwartungen und ist im Finanzplan mit knapp 3 % immer noch optimistisch und als Risiko einzustufen. Bessere Resultate als geplant, wurden in den letzten beiden Jahren nur aufgrund von Sondersteuern gemacht. Kriens ist also auf der Einnahmenseite mit dem kontinuierlichen Wachstum im Verzug. Wirft man beispielsweise einen Blick auf die Einkommens-/Vermögenssteuern des jeweils laufenden Jahres, stellt man folgendes fest:

- Von der Rechnung 2014 auf das Budget 2015 war ein Wachstum von 4.6 % eingerechnet, eingetroffen sind 2.2 %.

- Im Budget 2016 wurde mit einem 2.1 % Wachstum auf Budget 2015 gerechnet, mit dem Resultat 2015 wurde dies effektiv zu einem Planwachstum von 4.5 %
- Das Budget 2017 rechnet mit 2.8 % Wachstum. Sollte 2016 nicht das gewünschte Wachstum bringen, beinhaltet das Budget 2017 effektiv ein grösseres Wachstum, und dann wäre eigentlich auch das geplante Wachstum auf 2018 und 2019 höher als die zur Zeit bereits hoch geplanten 5.5 %, sollte der Finanzplan eingehalten werden.

Dies zeigt, dass der Optimismus im Finanzplan primär auf das Einnahmenwachstum baut. Das ist ein weiteres Risiko. Dann wird auch KP17 von allen Seiten als grosses Risiko betrachtet. Auch wenn man sich als Gemeinde mit dem möglichen Referendum aktiv dagegen wehrt, muss mit grosser Wahrscheinlichkeit mit Mehrausgaben gerechnet werden. Trotzdem bleibt die einzige Massnahme das Gemeindereferendum, um dagegen anzukämpfen. Diese Vorgehensweise ist nicht falsch, aber genügt nicht. Mit dem heutigen Wissen in der Planung davon auszugehen, dass die Gemeinden nicht betroffen sind, ist zu optimistisch. Das Risiko ist im Finanzplan nicht mit genügend Massnahmen adressiert. Ein entsprechendes defensiveres Verhalten in Bezug auf die Kostenseite wäre zwingend notwendig und angebracht. Und trotzdem wird für 2017 ein Budget mit Defizit vorgelegt und für 2018 ein ausgeglichenes Budget vorausgesagt und ab 2019 wachsen eindruckliche graphische Gewinnsäulen zum Boden heraus. Die SVP-Fraktion hofft nicht, dass man dann plötzlich hören muss, dass eine Steuererhöhung der einzige Ausweg aus der Situation ist, wie dies im Nebensatz des Finanzplans bereits genannt wird. In dieser selbstgewählten Situation ein defizitäres Budget vorzulegen, hat die SVP-Fraktion bereits letztes Jahr bemängelt und sieht dies auch dieses Jahr so. Sie wird ein defizitäres Budget grundsätzlich nur in Notzeiten akzeptieren. Kriens hat keine Notzeit, Kriens investiert. Sie bleibt ihrem Prinzip treu. Die SVP-Fraktion wird zwar auf den B+A eintreten, wird diesen aber ablehnen.

Thomas Lammer nimmt es vorweg. Die FDP-Fraktion tritt auf den B+A ein, wird das Budget 2017 sowie den Aufgaben- und Finanzplan aber ablehnen. Er möchte mit dem positiven Teil beginnen. Das Budget 2017 bewegt sich resultatmässig entlang des Finanzplanes 2016-2020. Dass dieser die FDP-Fraktion aber schon länger nicht mehr glücklich macht, hat sie bereits mehrfach in der Vergangenheit erwähnt. Der Sprechende geht nur kurz auf die für sie zentralen Punkte für die Ablehnung ein. Es ist ein Defizit von 2 Mio. Franken budgetiert. Dieses Defizit führt zu einer noch grösseren Unterbilanz. Vom KP17 wurden Teile ins Budget aufgenommen die in der Summe erfolgsneutral sind. Es bestehen aber noch grosse Restrisiken auf der Einnahmen- sowie auf der Ausgabenseite. Die FDP-Fraktion kann zwar akzeptieren, dass eine Unklarheit besteht, weil der Prozess beim Kanton noch nicht abgeschlossen ist. Für sie ist aber unklar, wie der Gemeinderat mit zusätzlichen Belastungen umgehen würde. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Massnahmen, wie immer auch diese beschlossen werden, zu netto Mehrbelastungen führen werden. Würde der Gemeinderat dann Massnahmen zur Kompensation treffen? Zumindest die Absicht des Gemeinderates aufzuzeigen, wie er mit diesen Mehrbelastungen umgehen will, hätte die FDP-Fraktion sehr begrüsst. Hier fehlt ihr klar das Aufzeigen einer Strategie. Es genügt nicht, nur auf die Karte Referendum des VLG zu setzen. Welches Prozedere braucht es überhaupt innerhalb der Gemeinde, dass Kriens daran teilnehmen kann? Weiter betrifft dieses Referendum ja auch nur drei Massnahmen. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist ein sehr sportliches hohes Wachstum der Steuererträge eingestellt. Die Annahmen sind aus ihrer Sicht zu optimistisch. Aufgrund des Bevölkerungswachstums werden entsprechend die Steuereinnahmen aufgerechnet. Diese Aufrechnung fehlt aber bei diversen Aufwandpositionen, wie z.B. auch bei kantonalen Beiträgen, die gemäss Bevölkerungsschlüssel in Rechnung gestellt werden. Wenn ein Unternehmer ein neues Produkt lanciert, kalkuliert man auch nicht nur den erwarteten Ertrag. Es gehören auch die zusätzlichen Aufwände in die Planung. Die Einschätzung der FDP-Fraktion war beispielsweise richtig zum Budget 2016. Leider, für sie nicht unerwartet, steigen die Kosten in der wirtschaftlichen Sozialhilfe aufgrund der Demografie. In der Finanzplanung 2016-2020 ging der Gemeinderat von

keinen Mehrkosten aus. Aufgrund der Intervention der FDP sind nun geringfügige Wachstumswahlen von 1 % bei der WSH enthalten. Aus ihrer Sicht müssen hier aber 2 % eingestellt werden. Die Nettoinvestitionen haben gegenüber dem Finanzplan 2016 für das Jahr 2017 um rund 7.7 Mio. Franken zugenommen. Bereinigt mit den Sonderfaktoren Auslagerung Heime investiert Kriens im 2017 mehr als im Finanzplan 2016 - 2020 vorgesehen. Die FDP-Fraktion sieht mit Bosmatt und Mülirain keine weiteren Desinvestitionsvorhaben. Sie möchte hier mit dem Postulat Lammer weitere Möglichkeiten ausloten. Die FDP-Fraktion ist nach wie vor sehr besorgt über den finanziellen Zustand der Gemeinde. Sie zweifelt zunehmend, ob die Strategie aufgehen wird. In der neusten Finanzstatistik von LUSTAT 2015 gehört Kriens zu den neun Gemeinden im Kanton, welche 3 - 4 Grenzwerte nicht einhalten. Weiter erreichte der Durchschnitt der Verschuldung der Luzerner Gemeinden einen neuen Tiefstwert von Fr. 2'132.00 pro Kopf. In der Gemeinde Kriens beträgt die Verschuldung pro Kopf im Budget 2017 Fr. 5'240.00 und ist somit um rund 2.5 Mal höher als im Schnitt aller Gemeinden. Der Druck, Aufgaben vom Kanton an die Gemeinden abzugeben, auch oft ohne dies gleichzeitig mit der Kompetenz zu tun, wächst. Das ist ein insgesamt ungesunder Cocktail, um die Finanzen der Gemeinde wieder ins Lot zu bringen. Die FDP-Fraktion hofft trotzdem, dass dies gelingen wird. Sie bedankt sich zum Schluss für die Aufbereitung der Zahlen.

Die SP-Fraktion bedankt sich gemäss Yasikaran Manoharan zu Beginn bei allen Beteiligten für ihre geleistete Arbeit am Aufgaben- und Finanzplan mit Voranschlag, welches die nötigen Informationen liefert. Die Interpretation des Inhaltes liegt nun am Einwohnerrat. Tatsache ist jedenfalls, dass das Budget für das kommende Jahr ein Defizit von knapp 2 Mio. Franken vorsieht. Gleichzeitig schmilzt das Eigenkapital voraussichtlich bis Ende Jahr dahin und bis 2020 wird sich die Drittverschuldung der Gemeinde auf 200 Mio. Franken summieren. Auch wenn diese Prognosen eher düster aussehen, wäre es scheinheilig, aufgrund dieser Zahlen nun überrascht oder wütend zu reagieren. Welche Auswirkungen diese Grossinvestitionen haben werden, war von Anfang an kommuniziert. Dass der Schwerpunkt der Investitionen bei der Realisierung der Hochbauten, wie auch die Sanierung und Erweiterungen der Schulanlagen liegen werden, war bekannt. Diese Entscheidungen wurden nicht nur vom Parlament getroffen, sondern auch von der Bevölkerung an der Abstimmung genehmigt und gelten somit als Auftrag. Es ist daher nicht falsch, zu behaupten, dass die Verschuldung Teil der Strategie ist. Denn die Realisierung der notwendigen Infrastrukturen, aber auch die momentanen Investitionen in Bildung, Gesundheit, Kultur und Ökologie belasten die aktuelle und künftige Jahresrechnung zwar stark, dennoch muss man diese als Investitionen für die Zukunft und für die hohe Qualität der Gemeinde betrachten. Nach Abschluss dieser Grossinvestitionen kann sicherlich mit dem Zuzug neuer Einwohner und Betrieben gerechnet werden, welche mit ihren Steuerbeiträgen zur Sanierung der Gemeindefinanzen beitragen können. Schliesslich erwartet man bis 2021 4'000 neue Bewohner und nochmals 4'000 neue Arbeitsplätze. Nichtsdestotrotz kommt Kriens nicht um eine Konsolidierungsphase herum, in der die SP ausgewogene Massnahmen sicher unterstützen wird. Etwas Sorgen bereitet ihr trotzdem die angespannte Finanzlage aufgrund des KP17. Dem Diktat des Kantons gilt es jedenfalls sich zu widersetzen, denn das Ziel muss es sein, eine neutrale Lösung des KP17 für die Gemeinden auszuhandeln. Demzufolge wird auch die SP-Fraktion das Gemeindereferendum unterstützen. Sollten aber die finanziellen Mittel fehlen, um die essentiellen Aufgaben der Gemeinde zu erfüllen und somit eine Steuererhöhung zur Debatte steht, kann sich die SP-Fraktion vorstellen, angesichts der Umstände, diese Massnahme zu gegebener Zeit zu unterstützen. Vorerst hält die SP-Fraktion aber an der eingeschlagenen Strategie des Viersäulenprinzips fest und wird sie auch in Zukunft unterstützen. Es gilt aber sicher auf der Einnahmenseite mehr zu generieren. So sieht sie zum Beispiel die Einführung einer Wertabschöpfung bei Landverkäufen oder die Änderung der Progression bei den Steuern als Möglichkeit. Auf der Gegenseite gilt es zu erwähnen, dass die SP-Fraktion durchaus bereit ist, Sparmassnahmen zu unterstützen, wobei sie daran festhält, dass dies nicht auf den Köpfen der Schwachen ausgetragen werden darf, wie dies zur Zeit beim Kanton der Fall ist. Die SP-Fraktion wird den Anträgen der CVP/JCVP und

KBVU, die ein ähnliches Ziel verfolgen, sowie dem Antrag der Grünen/GLP zustimmen. Demzufolge ist das Eintreten bei der SP-Fraktion unbestritten, sowie die Zustimmung zum B+A garantiert. Abschliessend gilt es aber noch zu erwähnen, dass es im Sinne der Demokratie nur fair wäre, die Arbeit der Verwaltung und des Gemeinderates so zu würdigen, dass man zum vorliegenden B+A, auch wenn man nicht mit allen darin erwähnten Punkten einverstanden ist, Stellung bezieht und anhand Anträgen Vorschläge einbringt, um einen Konsens zu finden. Von den zwei Parteien die den AFP kritisieren, hätte der Sprechende Vorschläge erwartet. Dass sie nur kritisieren, ohne den Willen zu zeigen mitzugestalten, ist der Bevölkerung gegenüber ein schlechtes Statement.

Gemäss Erich Tschümperlin, Grüne/GLP-Fraktion schliesst der Voranschlag mit einem Defizit von 2 Mio. Franken ab. Somit ist Kriens im Rahmen der 4-Säulenstrategie und damit auf Kurs. Wie alle wissen, ist der Handlungsspielraum der Gemeinde bei der Laufenden Rechnung ziemlich klein, da die Gemeinde Gesetze einhalten und gesetzliche Leistungen erbringen muss. Dies sind die viel zitierten gebundenen Ausgaben, die praktisch das ganze Budget aufbrauchen. Auch was die Verschuldung betrifft ist Kriens auf Kurs. Wie vom Einwohnerrat vorgeschlagen und vom Volk klar angenommen, wird nun das Zentrumsprojekt umgesetzt und damit steigt die Verschuldung plangemäss weiter an. Es erstaunt immer wieder, wie doch einige Einwohnerräte überrascht sind und diese Verschuldung monieren. Der Einwohnerrat hat dies gewollt und beschlossen und soweit zurück sollte das Gedächtnis doch reichen. Von der SVP wurde das Projekt auch nicht bestritten, sondern sie wollte es einfach etappiert realisieren. Leider ist der Nachholbedarf bei der Werterhaltung der Schulliegenschaften nach wie vor gross. Diese Altlasten werden leider noch lange erhalten bleiben und auf Jahre hinaus Budget-Probleme bescheren. Was die Grüne/GLP-Fraktion hingegen sehr überrascht hat ist, dass die Auslagerung der Heime bereits im Voranschlag 2017 wirksam wird. Dies ist weder beschlossen, noch war dieses Geschäft im Einwohnerrat. Sie glaubt nicht, dass dies bereits per 1. Juli 2017 umgesetzt werden kann, falls es denn überhaupt so beschlossen wird. Sollte dieses Geschäft noch vors Volk kommen, ist der Termin erst recht illusorisch. Sie möchte vom Gemeinderat wissen, wie gross die Auswirkungen auf das Budget durch die Auslagerung sind. Auf Seite 24 steht, dass der Mietzins Grossfeld, der Baurechtszins Zunacher, verrechnete Zinsen und Dienstleistungen bereits im Voranschlag 2017 enthalten sind. Dass die Auswirkungen von KP17 nicht berücksichtigt worden sind, findet die Grüne/GLP-Fraktion richtig. Auch sie wehrt sich, dass der Kanton aufgrund seiner gescheiterten Steuerstrategie die Gemeinden noch mehr belastet. Der Kanton muss seine selbstverschuldeten Probleme selbst lösen, so wie Kriens seine Probleme auch selbst lösen muss. Darum begrüsst sie auch, dass sich Kriens am angekündigten Gemeinde-Referendum gegen den KP17 Beschluss beteiligt. Vielleicht bringt dies den Kanton zur Einsicht, oder besser gesagt zur Vernunft, dass er diese Probleme lösen muss. Sie ist auch erstaunt, dass die Gemeinden derart bluten sollen, ist doch die Steuerstrategie gemäss dem kantonalen Finanzminister ein voller Erfolg. Dem Gemeinderat Vorwürfe machen, dass die 4-Säulenstrategie mit KP17 in Schieflage gerät, ist wohl der falsche Ansatz. Hier wird Ursache und Wirkung verwechselt. Die Mehrkosten, die bei der Gemeinde anfallen könnten, haben nichts mit der 4-Säulenstrategie zu tun, sondern mit der bürgerlichen Steuerstrategie des Kantons. Und hier wurden von bürgerlicher Seite wundersame Einnahmen versprochen, die immer noch nicht eingetroffen sind. Statt auf dem Krienser Gemeinderat herum zu hacken, würde man besser diese Steuerstrategie reflektieren und Massnahmen ergreifen und nicht dogmatisch am ursprünglichen Mantra festhalten. Die zuständigen Parteien sind ja bestens im Kantonsrat vertreten. Die Grüne/GLP-Fraktion steht weiterhin zu ihrem Wort. Sie steht zur 4-Säulenstrategie und hält nichts von kurzfristiger Taktik oder besser gesagt Aktivismus. Inhaltliche Fragen und Bemerkungen werden bei der Detailberatung angebracht. Einen Punkt möchte der Sprechende aber auch dieses Jahr wieder aufgreifen. Bei den „Zielen und Massnahmen 2017 – 2021“, unter Punkt 0.3 verspricht der Gemeinderat ein leistungsorientiertes Lohnsystem. Nachher verlangt er wiederholt eine Erhöhung der Lohnsumme um 0.5 %. Dem Einwohnerrat hat noch vor nicht allzu langer Zeit Paul Winiker

erklärt, wie das Lohnsystem aufgebaut ist und was es braucht, damit es funktioniert: Nämlich eine Erhöhung der Lohnsumme von mindestens 1 %. Dass der Gemeinderat nun schon wieder 0.5 % vorschlägt und sich damit selber widerspricht, versteht die Grüne/GLP-Fraktion nicht. Hier zu sparen wird die Gemeinde teuer zu stehen kommen. Wenn junge und gut eingearbeitete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach ein paar Jahren die Gemeinde verlassen, weil sie keine finanziellen Perspektiven haben, dann wird es teuer. Dies wurde schon letztes Jahr bemängelt, damals hat man das als einmalige Sparmassnahme verkauft und nun wird dies zum Standard. Für den übersichtlichen, informativen und gut lesbar gestalteten B+A möchte sich die Grüne/GLP-Fraktion beim Finanzdepartement herzlich bedanken. Auch dieses Jahr gab es einige Änderungen bei den einzelnen Positionen und diese machen so den Vergleich mit den Vorjahren doch etwas schwierig. Die Hoffnung vom Vorjahr, dass sich die Darstellung in den nächsten paar Jahren nicht mehr wesentlich ändert, bleibt aber ein frommer Wunsch. Mit HRM2 wird sich ziemlich viel ändern. Die Grüne/GLP-Fraktion tritt auf den Aufgaben- und Finanzplan mit Voranschlag 2017 ein und stimmt ihm zu, jedoch nur mit dem Hinweis, dass dies nicht bereits als Zustimmung für die Auslagerung der Heime gilt.

Räto Camenisch muss der Finanzverwaltung und dem Gemeinderat ein Kompliment machen. Sie haben aufgrund der miserablen Finanzlage eigentlich einen fabelhaften Vorschlag gemacht. Ein Budget von 1.9 Mio. Franken ist akzeptabel, da er sich auch ein grösseres Defizit vorstellen konnte. Aber es ist eine allzu fest geschminkte Braut, die hier präsentiert wird. Was darunter ist, ist nicht schön, sondern niedergeschriebene Tristesse. Der Eigenfinanzierungsgrad liegt weit unter den Vorgaben des Kantons. Die Finanzaussichten wurden zwar grafisch schön dargestellt, diese verschieben sich jedoch von Jahr zu Jahr, weil immer irgendetwas dazwischen kommt. Weiter wird auf die 4-Säulenstrategie verwiesen. Für ihn übergeht diese nun langsam in einen 4-Säulenschwindel. Ausgaben sollen optimiert werden und das Budget wächst jedes Jahr um mehrere Prozent. Einnahmen sollen optimiert werden und in einem Nebensatz wird eine Steuererhöhung mit Hinweis auf KP17 angedeutet. In Bezug auf Desinvestitionen und Investitionen will man das Areal der Andritz Hydro AG kaufen. Das Hotel Central kann auch noch gleich dazugekauft werden, dann ist es rund. Von Gleichgewicht ist keine Rede mehr. Die Auslagerung der Heime ist eine strukturelle Veränderung, aber das ist sehr etatistisch geplant. So ist die 4-Säulenstrategie kein Anker mehr. Die SVP sieht den prognostischen, grafischen Höhenflügen sehr skeptisch entgegen. Nun kommt er zum KP17. Die Stimmung im Kantonsrat ist eindeutig für die Gemeinden. Die grossen Brocken, die die Gemeinden belasten, werden herausgebrochen. Vielleicht erfolgt es sogar kostenneutral. Die SVP ist dezidiert gegen das Gemeindereferendum, denn es sollen nicht zwei Staatsebenen aufeinander losgehen. Das ist eine Sauerei und sollte man nicht machen. Man kann verhandeln und miteinander sprechen. Der Kantonsrat gibt sich Mühe die Gemeinden zu schonen. Ein Gemeindereferendum ist keine saubere Sache. In den letzten Jahren wurden von der SVP dem Gemeinderat Vorschläge gemacht, wo man weniger ausgeben kann. Das beginnt schon bei der Badi und geht weiter zur Hergiswaldbrücke. Sie haben die Schulhaussanierungen nicht bekämpft, weil dies nun nötig ist. Hier spielt die Vergangenheit tatsächlich eine Rolle. Es geht nun mit dem Zentrum weiter, das wahnsinnig ist. Dies hat man dem Volk untergeschoben und gesagt, dass dies gebraucht wird, um Steuererhöhungen zu verhindern. Das Brunnmattschulhaus hat man auch noch hineingenommen und andere Vorhaben werden auch noch kommen, wie beispielsweise die 50 neuen Klassen, die in den nächsten 10 Jahren untergebracht werden müssen. Ohne Schulhaus-Neubau wird dies wahrscheinlich nicht möglich sein. Die Finanzlage ist schlecht und wird auch so bleiben. Darum möchte die SVP ein Zeichen setzen, indem sie stopp sagt und das Budget ablehnt.

Davide Piras glaubt, dass man nun auf halbem Weg den Mut verliert. Es ist schade, dass die FDP und die SVP nun von diesem Defizit überrascht sind. Er ist erstaunt, dass man hier ein freiwilliger Gedächtnisschwund erzeugt und sich nicht daran erinnern will, was in den letzten

paar Jahren passiert ist. Es wird gesagt, dass 1.9 Mio. Franken Defizit enorm ist. Davide Piras möchte Revue passieren lassen, was in den letzten Jahren war. 2012 ging man von einem Minus von 2.7 Mio. Franken aus. 28:3 Stimmen waren dafür. Die FDP und die SVP waren auch dabei. Weiter wurde 2012 über den AFP gesprochen, der die heutigen Zahlen aufzeigte. Die 4-Säulenstrategie wurde durch den SVP-Gemeinderat Paul Winiker aufgestellt. Er hat den Einwohnerrat davon überzeugt und es stimmten 21:3 Stimmen dafür. Man muss also heute über diese Zahlen nicht überrascht sein, denn die Zahlen sind bekannt. Der Sprechende kann alle Zahlen aufzählen. Der Einwohnerrat zeigte immer eine gute Unterstützung. Die SVP war auch 2013 für das Budget und den AFP. Man soll nun nicht auf halbem Weg den Mut verlieren, sondern einfach da durch gehen. Wenn man durch ist, blickt man zurück und sagt, dass es gut war. Die SVP hatte gewünscht, dass die Zentrumsbauten etappiert erstellt werden. Jetzt sieht man, dass man so günstig nicht mehr zum Geld kommt. Man kann glücklich sein, dass man alles auf einmal genommen hat. Die Gemeinde erhält wegen der Negativverzinsung von den Banken sogar Geld zurück.

Gemäss Rolf Schmid hat Davide Piras schon ganz wesentliche Punkte gesagt. Das was Rätö Camenisch vorher gesagt hat, ist alles andere als faire Politik. Er hat von einem 4-Säulenschwindel gesprochen. Die 4-Säulenstrategie wurde vom SVP-Finanzvorsteher mit Finanzfachleuten vehement vertreten. Dies ist der einzige gangbare Weg, der einen langen Schnauf braucht und Kriens letztendlich in eine bessere Zukunft führt. Jetzt ist der Finanzvorsteher nicht mehr da und die SVP kehrt das Büchlein und spricht von einem Schwindel. Das ist alles andere als faire, konstruktive Politik.

Erich Tschümperlin stellt heute fest, dass sich die SVP offiziell von der 4-Säulenstrategie verabschiedet hat. Das wird einen Einfluss auf die zukünftige Finanzpolitik haben. Er fragte sich schon länger, wie lange es geht, bis die SVP tschüss sagt. Die SVP hat nämlich das Finanzdepartement verloren und deshalb rechnete er damit, dass man plötzlich nicht mehr dahinter steht, was ihr Finanzminister aufgegleist hat. Bis jetzt haben alle am gleichen Strick gezogen und haben an die Genesung der Finanzen geglaubt. Nun hat sich die erste Partei verabschiedet. Es wird sicher nicht einfacher werden die Finanzen ins Lot zu bringen, sondern schwieriger. Wenn sich noch jemand verabschiedet, ist die 4-Säulenstrategie eigentlich gescheitert. Dann muss man sich aber selber an der Nase nehmen, wenn man nicht mehr am gleichen Strick zieht.

Laut Rätö Camenisch wird das Gesagte immer umgedreht. Er hat gesagt, dass die 4-Säulenstrategie zu einem Schwindel wird, weil die SVP merkt, dass dies im Grunde genommen gar nicht gelebt wird. Es ist richtig, dass dies anno 2013 vom SVP-Finanzminister präsentiert wurde. Damals waren sie dafür, weil es ein Hoffnungsschimmer war. Heute sieht man, dass diese Umsetzung nicht klappt. In diesem Sinne verabschiedet sich die SVP nicht von der 4-Säulenstrategie, sondern wird langsam kritisch und wachsam. Eine andere Partei macht dies auch so und hat bedenken. Dies ist auch der Grund, weshalb man sich überlegt eine Schuldenbremse einzuführen. Diese Kritiken kommen nun langsam auf, weil dieser Weg immer weiter geht. Die Investitionen hören nie auf und die Schulden werden steigen. Kriens ist bei der Verschuldung jetzt schon im Bereich einer armen Entlebucher Gemeinde. Die Sozialausgaben steigen, weil es in Kriens diese Bevölkerungsstruktur gibt und auch gepflegt wird. Wie man Sozialausgaben sparen kann, kann man bei der Gemeinde Emmen lernen, denn dort gibt es rückläufige Zahlen.

Judith Mathis-Wicki wünscht sich, dass konstruktive Diskussionen geführt werden und nicht nur kritisiert wird. Es sollen konstruktive Vorschläge gebracht werden, wie es anders gemacht

werden kann. Entweder muss gemeinsam dieser Weg gegangen oder gute Ideen aufgezeigt werden, denn sonst bringt es nichts. Die Sprechende erinnert Rätö Camenisch daran, dass er in diesem Saal als Einwohnerrat anwesend ist und nicht als Kantonsrat. Aufgrund seines ersten Votums dachte sie, er ist als Kantonsrat hier. Das findet sie nicht ganz fair, denn er politisiert hier als Einwohnerrat für die Gemeinde.

Franco Faé erklärt, dass allfällige Massnahmen aus dem Sparpaket des Kantons KP17 bis auf drei Punkte nicht im Voranschlag und auch nicht im AFP enthalten sind. Der Gemeinderat unterstützt nach wie vor die Haltung des VLG, der eine haushaltsneutrale Umsetzung fordert. Der Voranschlag 2017 sieht ein Aufwandüberschuss von 1.9 Mio. Franken vor. Dieser Aufwandüberschuss ist leicht besser als im AFP 2016 - 2020 vorgesehen. Der höhere Umsatz beim Aufwand ergibt sich durch die geplante Auslagerung der Heime im Jahr 2017. Sollte die Auslagerung nicht zustande kommen, verhalten sich die Zahlen im Budget mit Einnahmen und Ausgaben praktisch kostenneutral. Einziger kostenrelevanter Punkt ist die Miete Grossfeld und der Baurechtszins Zunacher von rund Fr. 300'000.00. Das vorliegende Budget 2017 liegt somit weiterhin auf dem langjährigen Finanzkurs des Gemeinderates. Die Nettoinvestitionen für das Jahr 2017 belaufen sich auf rund 40 Mio. Franken. Wenn man sich den Finanz- und Aufgabenplan genauer ansieht, merkt man, dass das Meiste in Sanierungen investiert wird. Diese Sanierungen hätten, wie bereits mehrmals erwähnt, schon früher angepackt werden müssen. Nun werden Altlasten abgebaut und zum Teil Vorlagen des Kantons umgesetzt, wie beispielsweise schulische Ausbauten. Nun kommt er auf die Investitionen der 4-Säulenstrategie zu sprechen. Wenn man meint, es geht in eine andere Richtung, kann das nicht sein. Ansonsten muss dem Gemeinderat gesagt werden, wo er schwindelt. Mit der Immobilienstrategie werden notwendige oder mögliche Desinvestitionen ins Auge fassen. Dadurch erhöhen sich natürlich auch die Netto- und Drittschulden. Dieser Weg wurde so vom Einwohnerrat gewählt. Der Gemeinderat ist erstaunt, dass die Investitionen immer schlecht geredet werden. Franco Faé möchte ins Bewusstsein rufen, dass es einen Gegenwert gibt. Das Geld wird nicht aus dem Fenster geworfen. Dem Gemeinderat ist bewusst, dass nicht alle Kennzahlen den Vorgaben des Kantons entsprechen. Es wurde immer angezeigt, dass die Pro-Kopf-Verschuldung steigen wird. Mit der Schuldensanierung wird sich das wieder ändern. Dem Kanton ist es auch bewusst, dass Kriens die Kennzahlen nicht erreicht. Entsprechende Stellungnahmen liegen vor, die jedoch nicht negativ sind. Gemäss vorliegendem Aufgaben- und Finanzplan sollte es weiterhin möglich sein, ab 2018 wieder positive Resultate zu schreiben. Vorbehalten bleiben mögliche Massnahmen aus KP17. Es sind auch in den Jahren 2018 - 2021 rund 85 Mio. Franken für Projekte in der Investitionsrechnung enthalten. Auch diese werden zu einer weiteren Zunahme der Netto- und Drittschulden führen. Im Voranschlag 2017 und im AFP 2017 - 2021 sind drei Massnahmen aus KP17 enthalten:

- Erhöhung Unterrichtsverpflichtung Volksschule
- Verzicht auf budgetwirksame Erhöhung Personalaufwand Lehrpersonen Volksschule
- Wegfall Verkehrsabgabe und LSVA

Diese drei Massnahmen fallen allerdings in etwa erfolgsneutral aus. Der Gemeinderat hat bewusst darauf verzichtet, weitere Massnahmen im Voranschlag und AFP aufzunehmen. Erstens unterstützt er nach wie vor die Haltung des VLG, der eine kostenneutrale Umsetzung von KP17 verlangt. Zweitens ist der Gemeinderat auch bereit, dem Einwohnerrat die Unterstützung eines allfälligen Gemeindereferendums zu beantragen, sofern das KP17 in der heute vorliegenden Form vom Kantonsrat verabschiedet wird. Guido Solari wird zum Ablauf des Gemeindereferendums Auskunft geben. Nach den Beratungen des Kantonsrates im November zu Gesetzesänderungen und im Dezember zum Voranschlag 2017 und AFP wird der Gemeinderat die neue Ausgangslage analysieren und allfällige Massnahmen aufgleisen. Gewisse Vorarbeiten wurden bereits geleistet, welche jedoch intern bleiben. Die Mehrbelastung der Gemeinde Kriens beläuft sich pro Jahr zwischen 1.5 und 2.5 Mio. Franken. Dies geht aus der

Botschaft B55 des Regierungsrates an den Kantonsrat hervor. Leider musste man in der Vergangenheit feststellen, dass die Hochrechnungen des Kantons aus den früheren Sparpaketen stets zu Ungunsten der Gemeinde Kriens ausgefallen sind. Das heisst, die Gemeinde wurde stets mehrbelastet oder minderentlastet. Der Gemeinderat möchte hier klar festhalten, dass die Folgen und Auswirkungen von KP17 nicht hausgemacht sind, sprich von der Gemeinde Kriens verursacht, sondern von extern aufgezwungen werden. Wie der Gemeinderat im AFP 2017 - 2021 aufzeigt, können die langjährig anvisierten Finanzziele, ohne Berücksichtigung von KP17, erreicht werden:

- Ausgeglichenes Ergebnis 2018
- Ertragsüberschüsse ab 2019
- Plafonierung der Investitionen ab 2018 auf Cashflow-Basis

Falls KP17 in der vorliegenden Form umgesetzt wird, können die Mehrbelastungen nicht mehr ohne weitere einschneidende Massnahmen kompensiert werden. Aus heutiger Sicht des Gemeinderates kommt eine Kompensation der Mehrkosten aus KP17 über eine Steuerfusserhöhung nicht in Frage. Aber es könnte sein, dass die Umsetzung von KP17 die Folge wäre, dass sich die Gesundung des Gemeindehaushaltes um 1 - 3 Jahre verzögert, je nach Höhe der Mehrbelastung und Kompensation innerhalb der Gemeinderechnung. Zudem hofft der Gemeinderat, dass sich die Krienser-Kantonsräte im Sinne der Gemeinde Kriens bei den Beratungen im Kantonsparlament einsetzen. Vor allem die Abwälzung von Kosten, die die Gemeinde nicht beeinflussen können, muss verhindert werden. Der Gemeinderat ist nach wie vor überzeugt, dass er auf dem richtigen Weg zu gesunden Krienser Finanzen ist.

Guido Solari kommt auf den Ablauf des Referendums zu sprechen. KP17 ist eine Sammlung von verschiedensten Massnahmen. Ein Teil dieser Massnahmen sind Änderungen von kantonalen Gesetzen. Nur gegen diese Gesetze ist das Referendum möglich. Die Entscheide, die der Regierungsrat in eigener Kompetenz fällen kann, können mit dem Referendum nicht angegriffen werden. In Kriens muss nach Kantonsverfassung und Gemeindeordnung durch den Einwohnerrat das Referendum ergriffen werden. Der Gemeinderat wird aufgrund der 1. Lesung im Kantonsrat den Antrag vorbereiten, so dass der Einwohnerrat an der Sitzung vom 19. Januar 2017 über die Ergreifung des Referendums entscheiden kann. Das ist rechtzeitig, damit das Referendum mit anderen Gemeinden eingereicht werden kann.

Für Franco Faé war es das erste Mal, dass er ein solches Budget vorbereiten durfte. Franz Bucher und seine Mitarbeiter haben grosse Arbeit geleistet. Im Gemeinderat wurde viel diskutiert und Einsparungen wurden angesprochen. Die Abteilungs- und Ressortleiter sowie die Mitarbeitenden haben aktiv mitgearbeitet. Es kamen gute Ideen und das ergibt das Resultat, dass man ein kleineres Defizit hat als geplant. Der Sprechende dankt auch der KFG für die Mitarbeit. Es fand eine gute Diskussion statt.

Gemäss Franz Bucher wurde moniert, dass die Auswirkungen des Wachstums im AFP nicht aufgezeigt sind. Er weist auf Seite 42 Position 0.0.9 Personalmassnahmen hin. Ab 2019 wurden Fr. 500'000.00 für neue Personalressourcen aufgrund des Wachstums eingeplant. Ab Seite 43 Position 2.0.3 – 2.1.3 ist das Wachstum der Kinder eingerechnet. Deshalb werden höher Schulkosten erwartet. Die Kosten im Bereich Gesundheit findet man ab Seite 46. Bei der Pflegefinanzierung und der Spitex wurden 2 % Mehrkosten eingestellt. Die grossen Pro-Kopf-Beiträge an den Kanton sind ab Punkt 5.0.2 ersichtlich. Dort wurde das Wachstum auch bereits einkalkuliert. Es wurde schon daran gedacht, dass sich das Wachstum nicht nur bei den Einnahmen auswirkt, sondern auch bei den Ausgaben.

Raphael Spörri stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Seite 5 - Ziele und Massnahmen 2017 - 2021

Cyrill Wiget möchte eine Antwort zur Frage von Martin Zellweger geben, ob die Ziele nächstes Jahr die gleichen sind. Traditionellerweise hat der Gemeinderat alle vier Jahre ein Legislaturprogramm erstellt, welches auch für vier Jahre gilt. In den letzten Jahren wurde eine Mischung mit einer rollenden Planung gemacht. Dies hat aber nicht wahnsinnig gut zur Klarheit beigetragen. Der Gemeinderat möchte im Rahmen der Klausur zu gewissen Bestandteilen des Legislaturprogrammes zurückfinden, welche dann auch für vier Jahre Gültigkeit haben sollen. Gleichzeitig wurde noch gefragt, wie man dies überhaupt überprüfen kann. Der Sprechende macht ein Beispiel auf Seite 5 zu Position 0.2: Die Bewohner von Kriens sollen mit den Leistungen der Verwaltung zufrieden sein. Die Massnahme ist, dass die Leistungen an einem zentralen Kundenschalte bezogen werden sollen. Ob eine solche Massnahme vom Gemeinderat angepackt wird, sieht man jeweils in der Rechnung. Die Zielsetzung wurde in Form eines „Single-Point-Contact“ definiert und hat dies mit einem Projektbeschrieb beschrieben. Es wird aufgezeigt, wann das Projekt beginnt und wann es abgeschlossen sein soll. Im vorliegenden Fall wird das Ziel umgesetzt sein, wenn das Gemeindebüro im neuen Gemeindehaus in Betrieb ist.

Martin Zellweger geht es nicht nur darum zu sehen, dass Massnahmen ergriffen werden. Cyrill Wiget hat das Beispiel zum Kundenschalte gebracht. Vielleicht reicht es nicht diesen Schalte zu erstellen, weil er nicht die gewünschte Wirkung hat. Es muss die Wirkung gemessen werden, dass die Leute dann auch zufriedener sind. Ansonsten bringt das Ganze gar nichts. Man muss wissen, wann man ein Ziel erreicht hat. Erst wenn man ein Feedback hat, weiss man, ob das Ziel erreicht wurde. Er möchte deshalb gerne eine Übersicht erhalten, um zu wissen, wo man steht. Martin Zellweger sprach auch von der Gewinnung der Effizienzsteigerung in der Verwaltung. Es geht hier nicht darum vom Zusammenzug in einem Gebäude zu sprechen, sondern zu sagen, was man erreichen will und wann dies erreicht wird. Die Massnahmen sieht und spürt man. Wann die Wirkung da ist, ist das essenzielle.

Laut Cyrill Wiget ist ein Monitoring der Kundenzufriedenheit sehr aufwändig. Von Zeit zu Zeit werden Umfragen mit den Mitarbeitenden gemacht. Dies jedoch über die gesamte Gemeinde herauszufinden, ist mit sehr viel Aufwand verbunden. So etwas ist auch nicht gratis. Für die Effizienzsteigerung wurde ein finanzieller Entlastungsbeitrag eingestellt. Es stimmt, dass man nicht auf der einen Seite von Effizienzsteigerung sprechen und dies auf der anderen Seite finanziell ausweisen kann. Der Gemeinderat hat das Anliegen von Martin Zellweger verstanden. Es ist wichtig zu realisieren, dass man auf diesem Weg ist, auch wenn es besser gemacht werden kann.

Seite 5 - Ziel 0.3

Erich Tschümperlin hat bereits im Eintretensvotum erwähnt, dass die Grüne/GLP-Fraktion etwas zu Punkt 0.3 hören will. Es steht, dass der Gemeinderat ein leistungsorientiertes Lohnsystem mit attraktiven Weiterbildungsmöglichkeiten hat. Weiter basieren die Personalressourcen auf verbindlichen Mengengerüsten. Die Angestellten in gewissen Departementen klagen jedoch über Arbeitsüberlastung.

Gemäss Cyrrill Wiget ist das nun die Situation in der Kriens steckt, nämlich zwischen Hammer und Amboss. Der Gemeinderat hätte dies gerne honoriert. Zahlreiche Mengengerüste in der Verwaltung zeigen, dass Stellen ausgebaut werden müssen. Bei gewissen Löhnen besteht auch ein Defizit. Auf der anderen Seite war der Gemeinderat fürs Budget 2017 sehr hart und wird es auch für 2018 sein müssen. Berechtigte Stellenanträge konnten nicht gewährt werden, weil dem Einwohnerrat versprochen wurde den eingeschlagenen Kurs zu fahren. Das gleiche Dilemma besteht bei den 0.5 % zur Erhöhung der Lohnsumme. Für den Erhalt des Lohnsystems ist es eigentlich sinnvoll 1 % einzusetzen. Im Moment findet aber eine Teuerungsentwicklung statt, welche es vielleicht akzeptabler macht auf 0.5 % zu gehen. Der Hauptgrund ist tatsächlich, dass die Mittel nicht vorhanden sind. Der Gemeinderat bleibt hart, damit man ab 2019 schwarze Zahlen schreibt.

Seite 6 - Massnahmen 0.7

Yasikaran Manoharan hat eine Frage zur Massnahme 0.7. Dort wird erwähnt, dass der Gemeinderat die Neuplanung und die bauliche Umsetzung des Bahnhofs Mattenhof forciert. Der Einwohnerrat forderte mehrfach, dass ein Sonderinfrastrukturvertrag geprüft wird, damit die Kosten für den Bau des Bahnhofs auf die verschiedenen Investoren abgewälzt werden können. Diesbezüglich fehlen noch Antworten.

Laut Cyrrill Wiget ist beim Bahnhof Mattenhof das Vorprojekt abgeschlossen. Es konnten gute Mitzahler-Abkommen abgeschlossen werden. Diese sind aber keine klassischen Infrastrukturverträge wie beim Nidfeld, denn aus rechtlichen Gründen ist es beim Nidfeld etwas anders. Die Zentralbahn, die Stadt Luzern, der Kanton und die Mobimo konnten als Mitzahler gewonnen werden. Man ist hier auf gutem Weg.

Bemerkungsantrag Grüne/GLP zu Seite 7: Massnahmen 5.1

Die Grüne/GLP-Fraktion vermisst laut Tomas Kobi bei den Massnahmen 5.1 eine Aussage zum Thema „demenzfreundliche Gemeinde“. Deshalb fordert sie den Gemeinderat auf, dieses Thema im nächsten AFP aufzunehmen und entsprechende Ziele und Massnahmen zu formulieren. Eine neue Sichtweise betrachtet die Demenz vorwiegend als Behinderung, auch wenn die krankhafte Ursache nicht geleugnet werden kann. Eine Behinderung, fordert die Gesellschaft auf, die Betroffenen bei der Teilhabe zu unterstützen. Menschen mit Demenz haben grundsätzlich die gleichen Bedürfnisse wie gesunde Menschen. Damit Menschen mit Demenz nicht weiterhin zur Ausgrenzung im sozialen und kulturellen Leben führt, müssen neue "Ermöglichungsstrukturen" für die Teilhabe geschaffen werden. Gerade auch für jungbetroffene Menschen mit Demenz. Demenz ist alles andere als ein Minderheitenthema, denn jede zehnte Person ist in der Schweiz davon betroffen und zur Hälfte leben sie zu Hause.

Die CVP/JCVP-Fraktion lehnt gemäss Kathrin Graber diese Bemerkung ab, weil sie aus ihrer Sicht nicht nötig ist. Das Anliegen ist zwar gerechtfertigt, und sie kann sich vorstellen, dass Menschen mit Demenz als besonders zu beachtende Gruppe im nächsten Aufgaben- und Finanzplan als Beispiel aufgenommen wird. Die kursiv gedruckte Bemerkung hinterlässt jedoch den Eindruck und das ist der Grund für ihre Ablehnung, dass die Gemeinde für Menschen mit Demenz bisher noch nichts getan hat. Das Gegenteil trifft jedoch zu: Demenzabteilung im Kleinfeld, Zertifizierung nach dem Böhm-Konzept, weitere Stationen für Menschen mit Demenz. Im neuen Zentrum und wenn das Grossfeld bald gebaut werden kann, können noch weitere Angebote für Menschen mit Demenz geschaffen werden. Der Gemeinderat scheint auf der richtigen Schiene zu sein. Die Überweisung der Bemerkung ist daher nicht notwendig.

Laut Räto Camenisch lehnt die SVP-Fraktion diese Bemerkung auch ab. Dies ist Schaum-schlägerei. Die Gemeinde Kriens ist vorbildlich in der Demenzbetreuung. Demenzfreundlich muss deshalb nirgends niedergeschrieben werden. Solche Bemerkungen bringen vielleicht Rechtfertigungen für Ausgaben, die gar nicht nötig sind. Die Pläne sollen schlank gehalten und am Kurs festgehalten werden.

Tomas Kobi unterstützt es, dass die Gemeinde viel bei stationärer Thematik macht. Es geht ihm auch um die ambulante Thematik. Dort sind auch sehr viele junge Personen betroffen, die zwischen 45-65 Jahre alt sind. Dafür sollen Strukturen geschaffen werden, damit diese Menschen am Gemeindeleben teilhaben können. Das was Rato Camenisch sagt ist nicht das Thema. Kriens hat schon entsprechende Strukturen. Engelberg zeichnet sich als demenzfreundliche Gemeinde aus, indem der Tourismusverein es vor allem jungen Menschen ermöglicht in ihrer Gemeinde Ferien zu verbringen. Es schadet Kriens nicht, wenn man sich als demenzfreundliche Gemeinde definiert.

Gemäss Cyrell Wiget sind Bemerkungen für den Gemeinderat nicht verbindlich. Inhaltlich kann sich der Gemeinderat mit der Bemerkung identifizieren, aber es gibt zwei Probleme. Zum einen hat der Einwohnerrat den Gemeinderat immer gemahnt, dass er sich zu viel vornimmt. Wenn der Gemeinderat alle Bemerkungen entgegennimmt, behindert er sich selbst. Es ist sinnvoll, wenn man das Papier besser und entschlackter aufbereitet, so dass man weiss, was der Gemeinderat vorhat. Die Schwierigkeit ist auch genau zu wissen, was man damit meint und was darunter zu verstehen ist. Der Gemeinderat muss deshalb mehr wissen, in welche Richtung die entsprechenden Massnahmen angedacht sind.

Abstimmung Bemerkungsantrag Grüne/GLP (Ergänzung)

Mit 18:8 Stimmen wird der Bemerkungsantrag der Grüne/GLP abgelehnt.

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	nein
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Camenisch, Rato	nein
Ercolani, Enrico	nein
Estermann, Yvette	nein
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	nein
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	nein
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	nein
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	nein
Sigg, Leo	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	nein
Zellweger, Martin	nein

Bemerkungsantrag KBVU & CVP/JCVP zu Seite 9: Massnahmen 7.3

Die KBVU möchte gemäss Viktor Bienz die Massnahmen von 7.3 wie folgt ergänzen:

Für die inskünftige Planung soll nicht nur von kostengünstigem Wohnraum, sondern auch von der Entstehung von gemeinnützigem Wohnraum für Familien und den Mittelstand gesprochen werden.

Laut Kathrin Graber möchte die CVP/JCVP-Fraktion folgende Ergänzung zu den Massnahmen von 7.3:

Die Planung von LuzernSüd ... beinhaltet insbesondere:

- die Entstehung auch von bezahlbarem Wohnraum insbesondere für Familien und den Mittelstand

In LuzernSüd wird jetzt gebaut und der CVP/JCVP-Fraktion ist es dabei wichtig, dass Wohnraum geschaffen wird, der für alle Bevölkerungsgruppen, je nach Einkommen oder sozialer Lage, erschwinglichen resp. bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellt. Eine Durchmischung ist wichtig. Je durchmischer die Wohnlagen sind, desto weniger besteht die Gefahr der Ghettoisierung. Die CVP/JCVP-Fraktion merkt immer wieder, dass bei früheren Überbauungen die Mietzinse oder Mietsituationen für Familien nicht bezahlbar sind. Die Folge ist, dass viele junge Familien von Kriens wegziehen. Deshalb hat sie den Antrag gestellt, dass man nicht nur von kostengünstigem Wohnraum spricht, sondern eine gute Durchmischung mit bezahlbarem Wohnraum erzielt. Es kam dann der Antrag der KBVU dazu, der „Gemeinnützigkeit“ verlangt. Dies ist aus Sicht der CVP/JCVP-Fraktion nicht ganz dasselbe, weil es dort um Gewinnoptimierung beim Erstellen des Wohnraums geht. Bezahlbar, wie es die CVP/JCVP-Fraktion verlangt, ist ein Wohnraum dann, wenn er erschwinglich ist. Der Mietzins muss sich daher in einer Höhe bewegen, der mit dem Einkommen von Familien und vom Mittelstand bezahlt werden kann. Bei beiden Bemerkungen geht es um den Kern der guten Durchmischung von allen Bevölkerungsgruppen gibt.

Thomas Lammer opponiert den beiden Bemerkungsanträgen.

Gemäss Cla Büchi kam die Idee des gemeinnützigen Wohnungsbaus von ihm. Die Begriffe kostengünstig und bezahlbar sind nirgends definiert und sind für jeden etwas anderes. Eine kostengünstige Wohnung kann für die einen Fr. 1'600.00 sein und für die anderen Fr. 2'500.00 und wieder andere können noch mehr bezahlen. Gemeinnützigkeit ist gesetzlich definiert. Genossenschaften oder gewisse Stiftungen von Pensionskassen sind gemeinnützig und richten sich nach der Kostenmiete. Der Mietzins definiert sich über die Kosten, die ein Bau verursacht. Dafür können noch Rückstellungen für Sanierungen gemacht und Verwaltungskosten aufgerechnet werden. Jedoch nicht mehr. Man kann keine Traumrendite herausziehen. Deshalb macht er beliebt den Antrag der KBVU anzunehmen.

Erich Tschümperlin ist für einen gemeinnützigen und günstigen Wohnungsbau. Er glaubt jedoch, dass dieser Passus hier nichts ändern wird. Wenn man etwas machen möchte, gibt es zwei Möglichkeiten. Eine Möglichkeit wäre beim Landverkauf Mattenhof gewesen. Dieses wurde nicht allzu teuer verkauft und die Gemeinde hätte eine Auflage machen können für gemeinnützigen Wohnungsbau. Jetzt ist es jedoch zu spät. Die zweite Möglichkeit ist ein Vorstoss einzureichen, dass die Gemeinde gemeinnützigen Wohnungsbau fördert. Die Bemerkungen sind für den Gemeinderat nicht verbindlich und konkret wird nichts gemacht.

Laut Enrico Ercolani ist günstiger Wohnungsbau ein Traum. Wenn man dies will, kann man es entweder über Subventionen machen oder dass der Arbeiter nicht mehr auf seine Kosten kommt. Man soll nicht träumen, denn der Markt zeigt etwas anderes auf. Was in den letzten Jahren mit dem Land passiert ist, ist nicht in Ordnung. Auf der anderen Seite was das Land auf die Wohnung ausmacht, ist es nicht so viel. Der Sprechende möchte nicht, dass der Arbeiter unter günstigem Wohnungsbau leiden muss. Der einzige Weg zu günstigem Wohnraum sind Subventionen durch den Staat. Das möchte er jedoch auch nicht.

Die SVP-Fraktion ist gemäss Räto Camenisch auch dagegen, weil es einer finanziell schlecht stehenden Gemeinde nicht möglich ist gemeinnützigen Wohnungsbau zu betreiben. Das liegt nicht drin und ist Fantasterei. Die steigenden Sozialausgaben zeigen, dass die Durchmischung in diese Richtung läuft.

Kathrin Graber erinnert daran, was bis jetzt im AFP drin steht. Der Gemeinderat spricht von günstigem Wohnraum. Die CVP/JCVP-Fraktion sagt nicht günstiger Wohnraum, sondern bezahlbarer Wohnraum. Dann gibt es noch den gemeinnützigen Wohnraum. Das sind schon andere Definitionen als günstig. Deshalb möchte sie es nicht so, wie es der Gemeinderat vorschlägt. Es ist schon verrückt, dass die SVP keine Durchmischung möchte und sagt der Gemeinde geht es noch schlechter, wenn Familien kommen. Das ist ein schlechtes Zeichen, denn Familien sind zum Glück auch in der Gemeinde Kriens sehr gute Steuerzahler.

Yasikaran Manoharan hat noch eine kleine Bemerkung. Es ist relativ schwierig von kostengünstigem und bezahlbarem Wohnraum zu diskutieren, wenn man dies auf einen Neubau abwälzt. Es ist schlicht und weg eine Illusion. Der Sprechende ist sehr wohl für bezahlbaren Wohnraum. Hingegen muss eher forciert werden, dass der bezahlbare Wohnraum bewahrt wird. Dieser Wohnraum soll beibehalten, auf energetische Sanierungen hingewiesen oder geschaut werden, dass bei Umzonungen die bezahlbaren Wohnungen nicht abgerissen und nur teure Eigentumswohnungen gebaut werden.

1. Abstimmung Bemerkungsantrag CVP/JCVP (Ergänzung)

Mit 12:12 Stimmen bei 2 Enthaltungen ist Gleichstand.

Infolge Operationsfehler sind auf dem Abstimmungssystem keine Detailangaben mehr vorhanden.

2. Abstimmung Bemerkungsantrag CVP/JCVP (Ergänzung)

Mit 14:12 Stimmen wird der Bemerkungsantrag der CVP/JCVP angenommen.

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	nein
Ercolani, Enrico	nein
Estermann, Yvette	nein
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein

Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	ja
Schwarz, Erwin	nein
Sigg, Leo	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Zellweger, Martin	nein

Abstimmung Bemerkungsantrag KBVU (Ergänzung)

Mit 15:11 Stimmen wird der Bemerkungsantrag der KBVU angenommen.

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	nein
Ercolani, Enrico	nein
Estermann, Yvette	nein
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	ja
Schwarz, Erwin	nein
Sigg, Leo	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Zellweger, Martin	nein

Seite 10 - Ziele 8.2

Davide Piras möchte wissen, was die aktuellen Massnahmen und Projekte sind, um kleinere und mittlere Betriebe nach Kriens zu holen.

Gemäss Cyrell Wiget gibt es die Gruppe K5: Wirtschaftsförderung, die ein Projekt zur besseren Zusammenarbeit innerhalb der fünf Gemeinden gestartet hat. Man will bei der Ansiedlungspolitik mit einem gemeinsamen Label vorgehen. Im internationalen Markt ist Kriens etwas zu schwach, um sich zu positionieren. Im Rahmen von K5 gelingt dies nun mit einer erhöhten Professionalität auch besser. Es ist ein Instrument in Entwicklung, welches die Zustandsmeldungen von Kriens erfasst. Es gibt ein paar Grundstücke, die noch gekauft werden können und dann gibt es noch andere, wo bereits Planungen am Laufen sind und ein Investor etwas umsetzen kann. Die Quadratmeterflächen etc. werden dann in diesem Instrument aufgenom-

men. Jeder Investor hat darauf Zugriff. Dies erfolgt über das gesamte Gebiet von K5. Weiter hat man natürlich die Bestandesgarantie im Fokus. Zurzeit ist man mit dem Gewerbeverband in Kontakt, dass man die Besuche bei den ansässigen Firmen intensiviert.

Seite 14 - Steuererträge

Gemäss Martin Zellweger schreibt der Gemeinderat: „Der Gemeinderat rechnet, dass ohne Berücksichtigung der endogenen Faktoren die Laufende Rechnung ab 2019 wieder ausgeglichen gestaltet werden kann.“ Dieser Satz ist entscheidend, wenn man über die Einhaltung der 4-Säulenstrategie diskutiert. Die einen nehmen in Anspruch, dass die 4-Säulenstrategie eingehalten wird und wenn andere die Massnahmen im Budget schrauben wollen, ist man nicht für die 4-Säulenstrategie. Es gibt Stellschrauben die gedreht werden können, wie Ausgaben und Einnahmen. Kriens hat ein Ziel und dieses ist hier auch definiert. Ab 2019 können die Schulden wieder abgebaut werden. Die Strategie ist dazu gemacht, um Anpassungen bei den Säulen machen zu können. Man kann keine Strategie fahren und die endogenen Faktoren ausblenden. Für ihn stellt sich die Frage, weshalb man dies nicht genauer behandelt. Wenn eine Firma eine Strategie hat und den Markt ausblendet, muss diese auch etwas unternehmen. Wenn man danach diskutiert, ob man weniger Kosten haben will, ist dies eine Reaktion darauf.

Judith Luthiger-Senn erklärt, dass mit den endogenen Massnahmen im Moment KP17 gemeint ist. Der Gemeinderat hat diese bewusst nicht berücksichtigt. Dass Massnahmen ergriffen werden müssen, ist völlig klar. Diese Massnahmen werden vom Gemeinderat aufgezeigt, sobald die endogenen Massnahmen des Kantons bekannt sind. Der Gemeinderat hat eine Strategie für den Fall, dass es eintritt. An den vier Säulen wird dann herumgeschraubt.

Rolf Schmid meint, dass immer wieder herumgeschraubt wird. Er erinnert an die Liegenschaftssteuer, mit der die Gemeinde 1.2 Mio. Franken weniger Einnahmen hat. Mit der Strategie ist man trotzdem immer noch auf Kurs. Es wurden weniger Aufwände budgetiert, damit man mit der 4-Säulenstrategie auf dem richtigen Weg ist.

Seite 70 - Lehrplan 21

Gemäss Judith Luthiger-Senn wurde in der KBSG moniert, dass bei den Bildungskosten die Auswirkungen des Lehrplans 21 nicht berücksichtigt wurden. Die Sprechende hat dies abgeklärt. Alle Lektionen gemäss WOST sind eingeflossen. Dies wurde für das laufende und kommende Schuljahr genauestens berechnet. Die Auswirkungen von WOST sind bereits bekannt. Fürs nächste Schuljahr sind es 8 Lektionen mehr, die auch so budgetiert wurden.

Seite 85 - Ferienheim Kippel

Rolf Schmid hat mit Freude festgestellt, dass nun der Vertrag mit Kippel gekündigt wurde, nachdem auch der Einwohnerrat etwas dazu gedrängt hat. Er dankt, dass dieser mutige Weg gegangen wurde.

Laut Judith Luthiger-Senn wurde das Haus in der Zwischenzeit an die Bergbahnen verkauft. Kriens kann sich dort wieder einmieten, aber hat den ganzen Verwaltungsaufwand nicht mehr. Es ist nun eine Win-Situation. Kippel-Lager können wieder möglich sein.

Franco Faé bedankt sich nochmals bei allen Beteiligten für die Mitarbeit. Der Gemeinderat hofft, auf dem gesteckten Ziel zu bleiben und dass der Kanton mit KP17 keinen grossen Strich durch die Rechnung macht.

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

1. Die laufende Rechnung für das Jahr 2017

mit einem Gesamtaufwand von	Fr. 220'120'100
und einem Gesamtertrag von	Fr. 218'157'900
somit einem Mehraufwand von	Fr. 1'962'200

und **die Investitionsrechnung für das Jahr 2017** mit

Investitions-Ausgaben von	Fr. 56'085'000
und Investitions-Einnahmen von	Fr. 15'166'000
d.h. mit Netto-Investitionen von	Fr. 40'919'000

werden festgesetzt, ausgenommen diejenigen Investitionen in der Investitionsrechnung, für die dem Einwohnerrat ein separater Bericht und Antrag zu unterbreiten ist.

2. Das Jahresprogramm 2017, das im neuen Aufgaben- und Finanzplan integriert ist, wird genehmigt.
3. Der Gemeinderat wird ermächtigt, das erforderliche Fremdkapital zu beschaffen.
4. Die Einwohnergemeindesteuer für das Jahr 2017 wird auf 2.00 Einheiten analog dem Vorjahr festgelegt.
5. Die Feuerwehersatzsteuer für das Jahr 2017 wird auf 2 ‰ analog dem Vorjahr festgelegt.
6. Die Beschlüsse gemäss den vorstehenden Ziffern 1, 2, 4 und 5 unterliegen dem fakultativen Referendum.
7. Der Aufgaben- und Finanzplan 2017 - 2021 wird genehmigt.
8. Folgende Bemerkungen werden an den Gemeinderat überwiesen:
 - 8.1. Die Planung von LuzernSüd beinhaltet insbesondere die Entstehung auch von bezahlbarem Wohnraum insbesondere für Familien und den Mittelstand.
 - 8.2. Für die inskünftige Planung soll nicht nur von kostengünstigem Wohnraum, sondern auch von der Entstehung von gemeinnützigem Wohnraum für Familien und den Mittelstand gesprochen werden.

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 003/16:
Der Beschlussestext wird mit 15:11 Stimmen genehmigt.

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	nein

Ercolani, Enrico	nein
Estermann, Yvette	nein
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	ja
Schwarz, Erwin	nein
Sigg, Leo	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Zellweger, Martin	nein

3. Bericht und Antrag: Baukredit Aussenanlagen Sportzentrum Kleinfeld Nr. 006/16

Raphael Spörri begrüsst als Sachverständigen Thomas Kost.

Die KFG tritt laut Martin Zellweger auf den B+A des Gemeinderates ein und unterstützt den Antrag. Dieser Entscheid schien von Anfang an klar auszufallen. Damit wurde die Diskussion innerhalb der Sitzung auf verschiedene Themen der Umsetzung gerichtet. Das Projekt wurde von der Kommission insgesamt als sehr positiv erachtet. Die Erneuerung des Stadions ist notwendig und das vorgeschlagene Projekt zeigt eine qualitativ gute Lösung. Nicht nur der Sport ist Nutzniesser des neuen Stadions, auch die Integration der Sportschule zeigt sich als wichtiger Bestandteil des Gesamtnutzens. Mit der Pensionskasse Luzern ist ein starker Projektpartner mit an Bord. Die folgenden Themen wurden in der Kommission weitergehend diskutiert:

- Der definitive Kredit von Fr. 5'144'000.00 ist höher ausgefallen als ursprünglich geplant, was nicht Freude auslöst. Er beinhaltet jedoch weiterhin auch eine Reserve von Fr. 150'000.00 und der Gemeinderat hat ein striktes Kostenmanagement zugesagt.
- Ohne den Antrag der CVP offiziell zu behandeln, wurde das Thema des Ausbaus der Anlage für die Challenge League diskutiert. Hier zeigten sich unterschiedliche Positionen. Die einen haben einen Ausbau im Rahmen des gesprochenen Kredites gutheissen, sollte dies mit Kostenersparnissen im Projekt möglich sein. Die anderen haben den Sparwillen des Gemeinderates gestützt und wollen allfällige Ersparnisse nicht schon wieder präventiv ausgeben oder sehen den Spitzensport als Sache des Sportclubs, im Gegensatz zum Breitensport.
- Diskutiert wurde auch, ob die Kosten für den Maschinenraum von Fr. 100'000.00 genügen, welche durch die LUPK garantiert sind.
- Es wurde auch auf einen Rechenfehler im B+A hingewiesen. Unter Ziffer 421.7 wurde vergessen den Betrag von Fr. 36'000.00 aufzuführen. Dieser Betrag ist aber im Total von Fr. 5'144'000.00 der Investitionskosten für die Promotion League korrekt enthalten.
- Im Baukreditvertrag, welcher im Kompetenzbereich des Gemeinderates liegt, bringt die Kommission die Bemerkung an, dass die Heimfallentschädigung in der Höhe von 80 % als

hoch erachtet wird. Regelzahlen bewegen sich gemäss Abklärungen im Bereich von 50 - 60 %. Klärende Informationen werden vom Gemeinderat diesbezüglich geliefert.

Ein wichtiger Punkt erschien der KFG die Regelung des Unterhalts und die damit entstehenden Kosten, welche gemäss Zusicherung des Gemeinderates im Finanzplan enthalten sind. Die Kommission gibt hiermit eine Bemerkung zum B+A zu Protokoll. Sie weist darauf hin, dass vor Inbetriebnahme des Stadions und Vertragsabschluss die Unterhaltsverträge der KFG zur Prüfung vorgelegt werden müssen. Die Kommission verzichtet darauf einen Antrag zu stellen und hält dies als Bemerkung zu Protokoll fest. Abschliessend hat sich die KFG einstimmig für die Unterstützung des B+A ausgesprochen.

Die CVP/JCVP-Fraktion findet es gemäss Viktor Bienz sehr lobenswert, dass die LUPK das ganze Bauvorhaben mit dem Fussballstadion in Kriens möglich macht. Sie findet das Bauvorhaben interessant und es bringt Kriens sicher wieder einen Schritt weiter in der Entwicklung vom Dorf. Die Lösung mit dem Baurechtsvertrag findet die CVP/JCVP-Fraktion eine gute und einfache Lösung. Auch die unentgeltliche räumliche Nutzung für die Gemeinde während 20 Tagen sieht sie Positiv. Sie fragt sich, wie es sich mit dem Mietzins beim Ausbau eines höheren Standards verhält? Hier möchte sie noch eine Antwort. Mit der vorgeschlagenen Option der Badewassererwärmung ist die CVP/JCVP-Fraktion einverstanden. Es ist richtig, dass man die Entwicklungen im Auge behält und verfolgt. Bei der Frage um den Ausbau für die Challenge League ist die CVP/JCVP-Fraktion grundsätzlich auch der Meinung, dass die Gemeinde nicht auf Vorrat bauen soll. Schon gar nicht in der heutigen finanziellen Situation. Sie kann sich aber vorstellen, mit einem Kostendach dem Projekt die Möglichkeit zu geben, durch kluges Handeln das Ziel „Ausbau für die Challenge League“ selber zu ermöglichen. Dazu hat sie einen Antrag zum Beschlusstext gestellt. Die CVP/JCVP-Fraktion ist für Eintreten des B+A und stimmt grundsätzlich dem Beschlusstext zu.

Gemäss Räto Camenisch findet die SVP-Fraktion dies ein erfreuliches Projekt. Seit langer Zeit ist klar, dass etwas gehen muss, aber dass es so gut herauskommt, hat man nicht erwartet. Sie dankt dem Gemeinderat und Werner Baumgartner. An dieser Vorlage hat die SVP-Fraktion nicht viel zu kritisieren, sondern hat nur ein paar Fragen. Die Heimfallregelung findet sie etwas komisch. Der Sprechende kommt aus einem Kraftwerkkanton. Er hat noch nie gehört, dass dort der Kanton beim Heimfall 80 % vom damaligen Wert bezahlen muss. Meistens ist der Heimfall 100 %. Das findet er etwas eigenartig. Auch das mit der Badeheizung steht noch in der Luft geschrieben, aber wahrscheinlich wird das irgendwann auf eine Art und Weise gelöst werden. Dann hat Kriens endlich wieder wettkampffähige Schwimmbekken. Ausserdem stellt sich bei solchen Verträgen die Frage, wie zuverlässig ein Sportclub auf Jahrzehnte hinaus ist. Bei einem Sportclub gibt es immer Auf und Ab's. Die SVP-Fraktion hofft, dass es keine Probleme gibt. Sie ist für Eintreten und stimmt dem B+A zu.

Die FDP-Fraktion tritt laut Daniel Rösch auf den Bericht und Antrag: Baukredit Aussenanlagen Sportzentrum Kleinfeld ein und stimmt diesem entsprechend zu. Das Stadion Kleinfeld genügt schon seit längerer Zeit nicht mehr den heutigen Standards. Dies zeigt sich vor allem bei den veralteten sanitären Anlagen sowie bei den Stehrampen. Eine Sanierung bzw. ein Neubau wie er jetzt vorliegt, ist daher schon längst überfällig. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist es sehr erfreulich und positiv zu bewerten, dass nun ein neues Sportzentrum mit einem vertrauenswürdigen Investor entstehen soll. Von dieser neuen Sportstätte wird nicht nur der SC Kriens mit seinen knapp 500 Junioren profitieren, sondern auch der Breitensport und die Gemeinde Kriens. So stellt sich auch die Sportkommission hinter das Projekt. Auch die Sportklasse soll in das neue Sportzentrum integriert werden, wie es in der Schulraumplanung vorgesehen ist. Die Gemeinde kommt so mit überschaubaren Kosten zu einer neuen und modernen Sportstätte

mit nachhaltiger Mantelnutzung. Wie vorher schon angetönt, spielt das Sportzentrum eine wichtige Rolle in der Krienser Schulraumplanung. So wird in der aktuellen Schulraumplanung mit dem Umzug der Sportklasse in das Sportzentrum geplant. Damit entsteht dann im Krauer Schulhaus wieder freier Schulraum. Eine Nichtumsetzung des Sportzentrums könnte daher die Gemeinde unter Umständen teurer zu stehen kommen, als die Umsetzung des Sportzentrums selbst. Der Sprechende kommt nun noch zum Ausbau Challenge League Standard zu sprechen. Aus Sicht der FDP-Fraktion wäre es erstrebenswert, falls bei allfälligen Kostenoptimierungen die Installation von Challenge League tauglichen Beleuchtungen umgesetzt wird. Vor allem, weil eine nachträgliche Aufrüstung der Beleuchtung mit erheblichen Mehrkosten verbunden ist. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass es sich beim vorliegenden B+A um ein solid geplantes Projekt handelt, welches zudem noch von einem seriösen Investor abgestützt ist. Eine Absage des Kredits würde für Kriens allfällige Mehrkosten generieren und auch ein schlechtes Signal an zukünftige Investoren aussenden. Sie hofft, dass die Mehrheit des Rates auch zu diesem Schluss kommen wird und dem Kredit zustimmt.

Die SP-Fraktion ist gemäss Cla Büchi für Eintreten und stimmt dem Baukredit zu. Dass es ein neues Stadion braucht, ist unbestritten und allen klar. Auch ist hervorzuheben, dass das Projekt städtebaulich und architektonisch eine hohe Qualität aufweist. Über die Mehrkosten seit der 2. Lesung ist sie nicht erfreut, aber geht davon aus, dass sie begründet sind. Die SP-Fraktion fordert einfach, dass der jetzt vorgegebene Kostenrahmen eingehalten wird. Der Gemeinderat legt im B+A klar dar, dass sie nicht gewillt ist, ihr finanzielles Engagement über die Vorgaben für die Promotions-League hinaus, zu erhöhen. Die SP-Fraktion unterstützt diese Haltung des Gemeinderates. Allenfalls könnte ein Darlehen der Gemeinde an den SCK eine Lösung sein, sollte er Mühe haben, die Auflagen der Challenge-League zu finanzieren. Deshalb stellt die SP-Fraktion einen Gegenantrag zu dem der CVP/JCVP.

Gleich zu Beginn möchte Erich Tschümperlin sagen, dass die Grüne/GLP-Fraktion für Eintreten ist und dem B+A zustimmen wird. Mit diesem Baukredit wird nun endlich wahr, wovon viele geträumt haben. Es darf an dieser Stelle auch gesagt werden, dass die Gemeinde die Fussballer in Kriens mit einer grossartigen Aussenanlage unterstützt. Und dies in einer Zeit, in der man sich dies eigentlich gar nicht leisten kann. Speziell nach der heutigen Budgetsitzung möchte der Sprechende darauf hinweisen, dass auch diese Investition die Pro-Kopf-Verschuldung erhöhen wird und die Laufende Rechnung mit ca. Fr. 200'000.00 bis Fr. 250'000.00 jährlich belasten wird. Es ist schon sehr erstaunlich, dass von der FDP und SVP kein einziges Wort zu den Finanzen gefallen ist. Vor ein paar Minuten wurde dem Gemeinderat vorgeworfen, dass er nicht sparen will. Offenbar ist sind nun die meisten nicht mehr im Budget-Modus, sondern haben wieder aufs Spendieren umgestellt. Zum B+A hat die Grüne/GLP-Fraktion vor allem Fragen, auf die man heute hoffentlich Antworten bekommt. Denn die meisten dieser offenen Punkte könnten die Gemeinde Kriens oder auch den SC Kriens ziemlich viel Geld kosten, wenn sie nicht geklärt werden. Und das wollen alle möglichst vermeiden.

Platz 2

- Bleibt er so wie er ist oder muss er verschoben werden? Denn der Neubau kommt dem Platz sehr nahe.
- Gibt es eine schriftliche Zusicherung des SFV, dass der Platz 2, so wie er ist, nach dem Neubau weiterhin für Meisterschaftsspiele benutzt werden kann?
- Welchen Einfluss hat es auf den Spielbetrieb, falls er nicht mehr für Meisterschaftsspiele benützt werden kann?

Kunstrasen und sein Unterhalt

- Welches Granulat/Füllung wird hier verwendet? Wurde abgeklärt, oder wird dies so ausgeschrieben, dass man nicht eines dieser Krebs erregenden Produkte erhält?
- Wie oft muss das Granulat/Füllung ersetzt werden und wie teuer ist dies?
- Braucht es spezielle Maschinen für den Unterhalt des Kunstrasens? Wenn ja, wie teuer sind diese und sind sie im Budget enthalten?
- Gibt es eine Berechnung für den Unterhalt des Kunstrasens?

Unterhalt

- Bei grossen Projekten geht der Unterhalt oft vergessen und ist nachher unveränderlich. Deshalb gehören die Kostenfolgen in Form von jährlich wiederkehrendem Unterhalt eigentlich auch in den B+A.
- Von welchen Unterhaltskosten für die Gemeinde geht der Gemeinderat beim neuen Stadion mit den neuen Aussenanlagen aus?
- Sind wesentliche Einsparungen aufgrund der modernen Infrastruktur geplant worden?
- Wie sieht die Abgrenzung des Unterhalts zwischen Gemeinde und SCK aus?
- Die Grüne/GLP-Fraktion fordert den Gemeinderat auf, dem Einwohnerrat bis zur Inbetriebnahme den Unterhaltsvertrag zur Information vorzulegen. Sie hofft auch, dass der Unterhalt so aufgeteilt wird, dass die Verbraucher sorgsam mit Strom und Wasser umgehen. D.h. dass dies primär von den Verursachern bezahlt werden soll.

Option 3.7 Ausbau Standard Challenge League

- Auch die Grüne/GLP-Fraktion hat sich gefragt wer dies bezahlen soll. Für sie ist dies klar Sache des SCK.
- Challenge League ist Spitzensport. Die Gemeinde hat gerade jetzt kein Geld um Spitzensport zu finanzieren.
- Auch unter dem Aspekt, dass die Leichtathletik noch viele Jahre warten muss, bis sie zeitgemässe Anlagen bekommt, können keine weiteren Mittel gesprochen werden. Die Leichtathletik Anlage ist die Verliererin gegenüber dem Fussball, auch darum gilt es Mass zu halten.
- Den Vorschlag der CVP kann die Grüne/GLP-Fraktion nicht unterstützen. Sollte das Projekt unter Budget abschliessen, dann entlastet dies die Finanzen. Zudem waren ja auch die ursprünglichen Kostenschätzungen tiefer. Die Option Challenge League ist, wie die Finanzpolitiker jeweils sagen, ein „nice to have“, das Kriens sich nicht leisten kann.
- Sollte der Einwohnerrat wider Erwarten diese Option bewilligen, fordert die Grüne/GLP-Fraktion eine schriftliche Zusage des SFV, dass diese Massnahmen ausreichen, um die Promotion für die Challenge League zu erhalten. Sonst steht man am Tag x vielleicht ziemlich verduzt da.

Ein letzter Punkt den die Grüne/GLP-Fraktion geklärt haben möchte, findet sich auf Seite 15. Im Kapitel 4 beim 4. Absatz steht, dass es im Tribünengebäude Räumlichkeiten für Wettkampfbüro und Sanitätszimmer geben muss und die Beschallungsanlage nicht vergessen werden darf. Ist dies nun geregelt? Die Grüne/GLP-Fraktion geht davon aus, dass der Gemeinderat ihre Fragen zufriedenstellend beantworten kann. In diesem Fall stimmt die Grüne/GLP-Fraktion dem B+A zu.

Gemäss Martin Zellweger beantragt die CVP die Option „Standard Challenge League“ umzusetzen, sollten die genehmigten Fr. 150'000.00 Reserven im Kredit für den Stadionbau nicht gebraucht werden. Der Sprechende ruft in Erinnerung, dass der ursprüngliche Kredit von 4.5 Mio. Franken im aktuellen Antrag auf 5.14 Mio. Franken angewachsen ist. Die SVP-Fraktion stimmt dem zu, weil es eine gute Sache ist und gute Komponente wie die Sportschule enthält. Es wurde von allen immer die Begründung gebracht, dass der Stadionbau ja im Finanzplan berücksichtigt ist. Jetzt fällt der Kredit über Fr. 600'000.00 höher aus. Man müsste also fak-

tisch bei den Fr. 150'000.00 Reserven von „nicht realisierten Mehrkosten“ gegenüber dem ursprünglichen Plan sprechen und nicht von „nicht verwendeten Reserven“. Es wäre also eher angebracht die Fr. 150'000.00 Ersparnisse zu realisieren, sollte dies möglich sein und nicht schon wieder präventiv für die „Luxuslösung“ zu verwenden. Zudem wird von verschiedenen Seiten der Sparwille des Gemeinderates kritisiert und jetzt wo der Vorschlag vom Gemeinderat selber kommt, sollte man diesen nicht ablehnen. Martin Zellweger plädiert dafür mit beiden Beinen auf dem Boden zu bleiben, und nicht schon wieder die maximale Lösung anzustreben.

Franco Faé weist zuerst auf den kleinen Rechnungsfehler auf Seite 13 hin. Bei Punkt 4 zur Umgebung beträgt der Betrag nicht Fr. 4'067'000.00, sondern Fr. 4'031'000.00. Weiter steht im letzten Abschnitt auf Zeile 6 als Gesamtbetrag Fr. 5'164'000.00, aber Fr. 5'144'000.00 wäre richtig. Wenn die Zahlen von oben zusammengerechnet werden, stimmt das Gesamtergebnis aber. Ein langes Projekt, welches der Sprechende am 1. September 2016 übernehmen durfte, steht heute vor der wichtigsten Hürde. Der Bedarf und die Notwendigkeit für den Ersatz des Stadions sind sicher gegeben. Das Projekt ist Kriens-Like, denn es deckt die Bedürfnisse für die Gemeinde in Sachen Breitensport. Zudem bietet es eine optimale Lösung für die Sportschule. Man fand eine neue Lösung mit der Realisierung zusammen mit den Partnern Kleinfeld AG und LUPK. Der Investor LUPK ist ein Glücksfall, denn es ist ein verlässlicher und starker Partner. Die Planung erfolgt über das gesamte Projekt durch das Architekturbüro Iwan Bühler, welches bereits die Swissporarena geplant hat. Die Balmer Etienne AG hat die Gemeinde und die LUPK gemeinsam begleitet. Eine gute Zusammenarbeit ist sehr wichtig, handelt es sich doch um eine Verbundarbeit, die den Stadion-Neubau und die Umgebung mit vielen Schnittstellen beinhaltet. Es wurden auch Lösungen gefunden für den Ersatz der Tartanbahn und den Material- und Maschinenraum, welchen dem Breitensport dient. Der Gemeinderatsentscheid betreffend Ausstattung für die Promotion League wurde aus finanziellen Gründen und der Gleichbehandlung von anderen Vereinen gefällt. Die Optionen für die Challenge League wurden ausgewiesen. In diesem Fall geht es um die Beleuchtung, den Zusatzausbau der Gegentribünen mit den WC-Anlagen und dem Sicherheitszaun. Allfällige Risiken können die Altlasten im Boden sein, welche bei den Zentrumsbauten auch gefunden wurden. Es sind einige Punkte noch nicht geklärt. Dies ist zum einen die Regelung der Parkierung von den Nutzern und Mietern der LUPK. Im Vorfeld haben bereits Gespräche stattgefunden und nächste Woche findet die nächste Sitzung statt. Die Heizung des Schwimmbades wurde bewusst offen gelassen. Die Planungsfirma findet die Hybridanlage nicht mehr zukunftsgerecht. Der Gemeinde wurde empfohlen, dies anderweitig zu lösen, wie beispielsweise mit einer Luft-Wärmepumpe, welche durch Solarstrom betrieben wird. Dies ist einiges günstiger und kann dann eingesetzt werden, wenn es genutzt werden muss. Der Einwohnerrat wird zu gegebener Zeit darüber informiert. Anlässlich der KFG-Sitzung wurden noch ein paar Fragen gestellt, zu denen Franco Faé nun Stellung nehmen möchte. Der Standort der Swisscom-Antenne bleibt bestehen. Die Strahlenwerte wurden 2014 gemessen. An der Anlage haben seither keine Veränderungen stattgefunden. Die Bestätigung vom März 2013 dafür liegt vom uwe des Kantons Luzern vor. Zu erwähnen ist, dass die Ausrichtung der Antenne gemäss uwe Richtung Schattenberg und LuzernSüd erfolgt und das geplante Stadion nur ganz wenig betroffen ist. Die Planer erhalten aber noch eine Information der Gemeinde zur Prüfung. Es fiel das Wort von Behindertenparkplätzen. Auf der Tribüne sind Plätze für Behinderte geplant. Heute gibt es drei bestehende Parkplätze. Die Frage der Parkplätze im Aussenbereich wird an einer morgigen Sitzung mit der zuständigen Behinderten-Organisation besprochen. Weiter kommt er auf die Homologation SFL zu sprechen. Die vorliegenden Pläne entsprechen den Vorgaben der Swiss Football League. Einzig der Standort für Kameras bei Fernsehübertragungen entspricht noch nicht den Vorgaben. Eine Lösung ist aber in Sicht. Gemäss den Planunterlagen sind die Verhältnisse des Platzes 2 tatsächlich knapp geworden. Die Planer und der SCK haben dies erkannt und prüfen derzeit die Mindestanforderungen der Spielfeldbreite. Die Gemeinde wird aber keine Kosten für Umgebungsanpassungen übernehmen. Ein Betrag ist im Kredit vorgesehen und dieser muss eingehalten werden. Eine Zusicherung der SFL liegt nicht vor, denn

es werden nur Vorgaben gemacht. Erst nach Erstellung nimmt der SFL dies ab und sagt, ob dies geht oder nicht. Die Unterhaltskosten der Umgebung des Stadions wurden auch besprochen. Vom Bundesamt für Sport in Magglingen liegen Angaben für den Sportanlagenbau vor. Es wurde ein Kostennutzungsvergleich von Naturrasen und Kunstrasen gemacht. Die reinen Unterhaltskosten ohne Abschreibungen betragen beim Naturrasen Fr. 64'500.00 und beim Kunstrasen Fr. 32'200.00. Es wurde gefragt, wie hoch schätzungsweise der Bedarf an Ersatzgranulat für den Kunstrasen pro Jahr ist. Die benötigte Menge an Ersatzgranulat wird auf 2 Tonnen geschätzt. Der Preis ist je nach Produkt extrem unterschiedlich. Dies muss beim Hersteller vom Platz abgeklärt werden, welcher aber noch nicht bekannt ist. Bei einem Lieferant wurde nachgefragt und der Preis pro Tonne liegt zwischen Fr. 700.00 und Fr. 2'500.00. Beim teuersten Produkt wären die Kosten somit rund Fr. 5'000.00 im Jahr. Die jährlichen Kosten für den jetzigen Naturrasen betragen rund Fr. 9'600.00. Somit ist der Kunstrasen günstiger im Unterhalt. Franco Faé hat eine Liste über die Aufgaben die mit dem Kunstrasen wegfallen und welche neu dazu kommen. Wenn jemand diese Informationen möchte, kann er sich bei ihm melden. Die Unterhaltskosten des Kunstrasens liegen bei etwa 75 % der heutigen Unterhaltskosten. Für den bereits bestehenden Kunstrasenplatz ist eine Reinigungsmaschine vorhanden. Diese sollte ohne grosse Anpassungen auch für den neuen Platz verwendet werden können. Es braucht einzig einen kleinen Planierrechen, um das Granulat zu verteilen. Dieser Preis von ca. Fr. 4'000.00 wurde in den Kosten eingerechnet. Vorgaben des Erstellers zum Unterhalt bleiben vorbehalten. Die Gemeinde besitzt auch aktuell einen Unterhaltsvertrag mit dem SC Kriens. Dieser wird nach Fertigstellung angepasst. Auch die Kosten für die Beleuchtung trägt der SC Kriens. Franco Faé kommt noch auf eine Bemerkung zum Baurechtsvertrag zu sprechen. Es wurde gesagt, dass die Zahl von 80 % für den Heimfall zu hoch ist. Bei der Beendigung des Baurechtsvertrages wird eine Verkehrswertschätzung gemacht. Das wäre dann ja 100 %. Es ist ein Entgegenkommen der LUPK wenn 80 % vereinbart werden. Ein analoger Vorschlag der Balmer Etienne gab es bei der Swissporarena und der Stadt Luzern. Dort liegt der Heimfall auch bei 80 % des Verkehrswertes. Kriens erhält mit einem TOP-Partner ein modernes, neues Klein-Stadion zu einem vernünftigen Preis. Dieses dient dem Breitensport, für eine moderne Sportschule und es wird bestimmt ein neuer Magnet für zukünftige Fussballstars aus Kriens. Der Gemeinderat bedankt sich bei der LUPK, Kleinfeld AG, Balmer Etienne AG, Thomas Kost und allen weiteren Beteiligten am Projekt

Yasikaran Manoharan fehlt ein Kommentar vom Gemeinderat zum Antrag der CVP/JCVP. Er persönlich begrüsst den Ausbau zum Challenge League Standard. Er fragt sich, ob der Antrag der CVP/JCVP überhaupt umsetzbar ist. Im Normalfall wird ein Baukredit festgelegt, dieser wird genehmigt und dann beginnt der Bau. Abschliessend nach Vollendung des Baus wird eine detaillierte Bauabrechnung erstellt. Erfahrungsgemäss dauert es einige Zeit, bis die Bauabrechnung vorliegt. Der Sprechende versteht den Antrag so, dass irgendwann während dem Bau geschaut wird, ob es gemacht werden kann oder nicht. In der Realität sieht dies jedoch anders aus. Während der Bauphase kann nicht abgeschätzt werden, ob man sich innerhalb der Kosten bewegt oder nicht. Deshalb denkt er, dass der Antrag so nicht umgesetzt werden kann. Entweder man will den Challenge League Standard und dann macht man es auch oder eben nicht. Ansonsten kann der Antrag der SP unterstützt werden, dass die Gemeinde dem SCK ein Darlehen zuspricht.

Gemäss Franco Faé kommt es vor, dass man einen Zusatzkredit braucht. Beim Challenge League Standard geht es ja um drei Punkte. Zum einen ist dies die Beleuchtung. Die Grundinstallation des Mastens wird so oder so gesetzt. Es braucht einfach zusätzliche Lampen. Wenn man kurz vor Fertigstellung sieht, dass noch Reserven vorhanden sind, kann verhandelt werden, damit diese Lampen installiert werden. Der Sicherheitszaun sollte kurz vor Fertigstellung auch noch angebracht werden können. Bei diesem ändert sich an den Kosten nichts, ob er beim Bau oder erst später aufgestellt wird. Beim Gebäude sieht es anders aus,

weil es um den Innenausbau von Fr. 50'000.00 geht. Ein Planer müsste sagen, ob dies möglich ist oder nicht.

Rolf Schmid meint, dass im Antrag der CVP/JCVP von einem Kostendach gesprochen wird. Dieses basiert auf dem Index und die Teuerung wird bei Erstellung der Bauabrechnung eingerechnet. Dort geht es wirklich darum, das Kostendach des Kredites trotz +/- 10 % einzuhalten. Das ist ein wichtiger Punkt. Es muss ein Kostenbewusstsein an den Tag gelegt werden, dass nicht x Nachtragskredite gesprochen werden, um den Bau realisieren zu können.

Gemäss Davide Piras ist der CVP/JCVP-Fraktion das Kostendach extrem wichtig. Sie wollen für das Geld etwas mehr sehen. Wenn Geld übrig ist, kann die Möglichkeit gegeben werden. Der SCK würde sich an der Beleuchtung auch beteiligen. Ein Novum für ihn ist, dass im B+A von Design to cost gesprochen wird. Das kennt der Sprechende im Maschinenbau. Man schaut ganz genau wie viel Geld man für was ausgibt. Dann wird dies für einen fixen und kleinen Preis abgemacht. Wenn es mit den Lieferanten verhandelt werden kann, dann klappt das. Davide Piras macht das in seinem täglichen Berufsalltag auch, denn er muss seine Projektkosten auch im Griff haben. Wenn er weiss was es genau kostet, kann er am Schluss eine Zielkalkulation machen, um zu sehen, was noch übrig bleibt.

Patrick Koch meint, dass allen die finanzielle Situation der Gemeinde bekannt ist. Das Eigenkapital ist aufgebraucht. Die Gemeinde Kriens muss dieses Geld aufnehmen und kann nicht Bank spielen und Darlehen gewähren. Er möchte wissen, ob dies rechtlich überhaupt möglich ist.

Laut Erich Tschümperlin gibt es zwei Ebenen. Die Eine hat er in seinem Eintretensvotum bereits angesprochen. Die Gemeinde Kriens hat kein Geld und kann nicht mehr ausgeben, als das dringend notwendig ist. Es ist ein sehr schönes Projekt und die Grüne/GLP-Fraktion steht auch dazu. In dieser Situation geht es darum nicht mehr auszugeben, als das der Gemeinderat möchte. Bei der Budgetdebatte haben alle auf den Gemeinderat eingehackt, dass er sparen muss. Die gleichen Personen sagen nun, dass die Aufstockung zur Challenge League auch gleich gemacht werden soll. Denn es kommt günstiger, als wenn man es nicht macht. Erich Tschümperlin versteht die Rechnung nicht. Das zweite ist das technische Problem, welches bereits Yasikaran Manoharan angesprochen hat. Alle Anwesenden wissen, wie lange es etwa dauert, bis eine Bauabrechnung vorliegt. Es kann 1-3 Jahre dauern, denn zurzeit sind noch ein paar offen. Der Sprechende hat auch mit technischen Projekten zu tun und auch dort hat man es mit den Kosten nicht im Griff. Es ist eine Illusion zu meinen, dies während dem Bau entscheiden zu können. Wenn dann die Bauabrechnung vorliegt, ist erst bekannt, wie weit man übers Ziel hinausgeschossen ist. Er ist dann gespannt, wenn man dasteht und es noch teurer wird. Er weiss nicht wer diese Verantwortung übernehmen wird. Erich Tschümperlin sicher nicht .

Yasikaran Manoharan möchte nochmals nachhacken. Matthias Senn hat schon einige Bauabrechnungen auf den Tisch gebracht. Er fragt sich, ob dies überhaupt umsetzbar ist. Er denkt, dass klar eingerechnet werden muss, welche Investitionen man tätigen möchte. Es kann nicht im Nachhinein gesagt werden, dass man dann schaut. Dies muss in der Bauabrechnung genau detailliert protokolliert sein, wo man was eingerechnet und was ausgegeben hat. Er fragt sich, ob das Kostendach so eingehalten werden kann. Der andere Punkt ist, dass Reserven für ausserordentliche Geschehnisse eingerechnet werden. Die Reserven werden nicht deponiert, um Nice-to-have Sachen zu machen. Der Sprechende war froh über das Votum von

Patrick Koch. Beim Aufgaben- und Finanzplan wurde über essenzielle Investitionen für die Gemeinde diskutiert, die man streichen möchte. Hier macht man Politik à la „Darf es noch etwas mehr sein?“. Man sollte hier schon etwas sensibler reagieren. Er glaubt immer noch, dass es ehrlicher wäre ein Darlehen zu sprechen.

Der Gemeinderat hat laut Franco Faé seine Haltung klar geäußert. Er sieht sich in der Promotion League auch im Hinblick auf die Gleichbehandlung der anderen Vereine. Wenn ein solcher Antrag kommt, wird der Gemeinderat diesen prüfen.

Gemäss Erich Tschümperlin wurde die Frage von Yasikaran Manoharan noch nicht beantwortet, ob es technisch überhaupt möglich ist.

Matthias Senn meint, dass grundsätzlich alle Recht hatten. Einerseits weiss man tatsächlich erst bei der Bauabrechnung wo man steht. Zwischendurch wird aber immer wieder ein Controlling durchgeführt. Aufgrund der Vergaben sieht man auch, ob es günstiger möglich ist und ob gewisse Reserven vorhanden sind. Bei den Zentrumsprojekten wird dies auch so gemacht, denn dadurch weiss man den genauen Stand der einzelnen Teilprojekte. Kreditrechtlich ist es so, dass wenn genügend Geld für die Aufstockung zur Challenge League vorhanden ist, muss der Gemeinderat Fr. 233'000.00 als Zusatzkredit in eigener Kompetenz genehmigen. Das kommt auf den Baukredit von 5.14 Mio. Franken dazu. Die Bauabrechnung liegt dann aber natürlich unter 5.14 Mio. Franken.

Patrick Koch möchte gerne noch eine Antwort auf seine Frage.

Guido Solari erklärt, dass ein Darlehen im Rahmen der Kreditkompetenzen gemäss Gemeindeordnung vergeben werden kann. Wenn es im Rahmen der Kreditkompetenz des Gemeinderates liegt, entscheidet er und wenn es diesen Betrag übersteigt, gelangt es an den Einwohnerrat zur Genehmigung.

Raphael Spörri stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Baurechtsvertrag

Michèle Binggeli möchte noch etwas zur Heimfallentschädigung sagen. Es mag durchaus sein, dass die Swissporarena eine 80 % Entschädigung hat. Sie hat eigene Abklärungen gemacht, jedoch nicht spezifisch auf Sportarenen. Es wäre durchaus möglich, dass es dort eigene Varianten gibt. Ihres Erachtens fällt diese doch sehr hoch aus. Man sieht häufig Heimfallentschädigungen im ordentlichen Heimfall, welche zwischen 55 - 60 % liegen. Natürlich ist das eine Parteivereinbarung. Es gibt auch Argumente, wieso man diese tiefer oder höher setzen kann. Für Michèle Binggeli ist die Frage noch nicht ganz beantwortet, wieso man in diesem Fall doch so hoch ist. Es ist zwar etwas, was erst in 60 Jahren auf die Gemeinde zukommt. Für spätere Generationen macht dies jedoch einen grossen Unterschied, ob man hier bei 55 - 60 % oder bei 80 % ist. Es nimmt sie wunder, ob weitere Diskussionen geführt wurden. Was ist die Begründung? Die Antwort darauf kann nicht sein, dass dies bei der Swissporarena gleich ist.

Franco Faé war an diesen Verhandlungen betreffend dem Vertrag dabei. Man hat sehr wohl hin und her diskutiert. Die LUPK ist Investor und sie ist bekannt dafür, dass sie ihre Liegenschaften in Ordnung hält. Auch das Stadion kann etwas spezielles sein. Dieses vergleicht man auch nicht mit einem Wohnhaus. Er hat jedoch bereits erklärt, dass kurz bevor der Bauvertragsvertrag ausläuft bei der Liegenschaft eine Verkehrswertschätzung gemacht wird. Das ist der reelle Wert, welcher dann eigentlich bezahlt werden muss. Es ist deshalb ein Entgegenkommen und 80 % ist bei solchen Bauten üblich. Die LUPK wäre kaum davon abgerückt, wenn man mit 50 % angekommen wäre. Aus Sicht des Gemeinderates wäre dies auch nicht ganz richtig gewesen.

B+A

Antrag CVP/JCVP zu Seite 18: Beschlusstext

Die CVP/JCVP-Fraktion möchte gemäss Davide Piras den Beschlusstext wie folgt ergänzen:

- Für die Realisierung der Aussenanlagen des Sportzentrums Kleinfeld wird ein Bruttokredit als Sonderkredit in der Höhe von Fr. 5'144'000.00 bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend den Veränderungen des Baukostenindex. *Ansonsten gilt der Kredit als Kostendach. Die Optionen "Standard Challenge League" können ebenfalls realisiert werden, wenn und soweit sich diese innerhalb des Kostendachs belaufen.*

Durch den Grundsatz „Design to cost“ ist eine finanzielle Sicherung im Bauprojekt eingebaut. Diese führt zur Senkung von finanziellen Risiken, welche unter anderem auch in den Reserven von Fr. 150'000.00 eingerechnet sind. Die Optionen „Standard Challenge League“ sollen bei der Umsetzung, wenn diese innerhalb des Kostendaches liegen, nach folgenden Prioritäten umgesetzt werden: Beleuchtung 500 Lux (Fr. 67'500.00), WC Anlage mit Kiosk (Fr. 50'000.00), Sicherheitszaun Secofence (Fr. 36'000.00). Die CVP/JCVP-Fraktion ist überzeugt, dass es schwierig ist ein solches Projekt zu führen. Das Signal ist ganz klar, dass nicht mehr Geld gesprochen wird als 5.14 Mio. Franken. Dieses Kostendach muss eingehalten werden. Wenn die Aufgabe gut gemacht wird und mit ein bisschen Glück, können in der vorher genannten Sequenz die Challenge League Ausbauten gemacht werden.

Gemäss Martin Zellweger ist das Kostendach nicht höher als der Kredit. Aber man muss daran denken, dass der Kredit bereits höher ist als im Finanzplan vorgesehen. Wenn man das einspart, spart man dies reell ein und geht nicht höher als der Finanzplan. Er hat bereits am Anfang erwähnt, dass Informationen und Kosten zum Unterhalt im B+A fehlen. Diesbezüglich müssen im Vertrag noch Anpassungen vorgenommen werden. Die KFG wünscht, dass der neue Vertrag ihr zur Kontrolle vorgelegt wird.

Die FDP-Fraktion ist laut Thomas Lammer ein wenig hin und hergerissen, wenn man dies im Kontext der Budgetdebatte betrachtet. Sie hat wegen der Verschuldung und dem Minus im Budget reklamiert. Die FDP-Fraktion ist zum Schluss gekommen, auch unter dem Aspekt der Gleichbehandlung aller Vereine, dass sie den Antrag in dieser Form nicht unterstützt. Sie kann sich jedoch vorstellen, im Sinne einer Handreichung gegenüber dem Sportclub Kriens, der wirklich sehr grosse Arbeit leistet, gemäss dem Vorschlag der SP ein Darlehen zuzusprechen. Der Antrag der CVP/JCVP wird die FDP-Fraktion ablehnen.

Franco Faé macht eine Verständigungsaussage. Auf Seite 14 kann man die Zahlen der Option Standard Challenge League Umsetzung sofort sehen. Wenn der Zusatzkredit heute ge-

sprochen wird, kostet dies Fr. 153'500.00. Wenn die Umsetzung der Challenge League zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt, kostet es dann Fr. 233'500.00.

Cla Büchi stellt im Namen der SP-Fraktion einen Gegenantrag wie folgt: *Die Gemeinde kann dem SCK ein Darlehen gewähren, falls der SCK die Finanzen für die Auflagen der Challenge-League nicht aufbringen kann.*

Auch die Grüne/GLP-Fraktion kann laut Bruno Bienz den Antrag der CVP nicht unterstützen. Sie unterstützt jedoch den Antrag der SP.

Kathrin Graber hat eine Klärungsfrage betreffend dem Darlehen. Sie hat nun zwei verschiedene Varianten gehört. Der SCK kann immer ein Darlehen verlangen. Die andere Frage ist, ob die Gemeinde ein Darlehen gewähren soll und in welcher Höhe. Sie ist strikt dagegen einen Blankoschein zu geben, denn schlussendlich ist man höher als der vorliegende Kredit. Sie findet den Antrag der SP aus finanzrechtlicher Sicht heikel.

Erich Tschümperlin möchte Kathrin Graber diese Ängste nehmen. Der Einwohnerrat kann eine Willensbekundung machen. Er ist der Meinung, dass wenn der SCK aufsteigt und dies nicht stemmen kann, kann die Gemeinde einen Kredit in der maximalen Höhe der Zusatzkosten von Fr. 233'500.00 gewähren. Ausser man will dies sofort machen, dann wäre es die andere Variante. Er denkt jedoch schon, dass sie dort einen Kredit sprechen können. Ansonsten ist es eine klare Willensbekundung des Einwohnerrates, dass er der Meinung ist, dass dem SCK ein Darlehen gewährt wird, damit er das umsetzen kann. Entweder sofort oder später. Finanzrechtlich ist es nicht dasselbe, ob man ein Darlehen gewährt oder ob man das Geld einfach ausgibt.

Thomas Lammer möchte auch dort einhängen. Das betrifft dann die andere Seite der Bilanz, nämlich das Guthaben gegenüber einem Dritten der Gemeinde. Insofern könnte die Gemeinde dort ein Guthaben und keine Schuld ausweisen.

Räto Camenisch meint, dass man nun auf dem Niveau der Hüftschüsse ist. Er war einige Jahre Präsident eines Sportclubs und er weiss wie dies mit der Finanzierung aussieht. Dem SCK kann die Gemeinde schon einen Kredit gewähren, jedoch wird dieser nie zurückbezahlt. Da kann man jetzt schon sicher sein. Deshalb soll man ehrlich sein und den Kredit heute sprechen, damit die Umsetzung zur Challenge League auch jetzt gemacht werden kann und nicht erst später, wenn es dann mehr kostet.

Laut Cla Büchi ist ein Darlehen ein Darlehen. Die Einschätzung von Räto teilt er nicht. Es braucht ganz klare Abmachungen und es gibt einen Darlehensvertrag, worin festgehalten wird, wann das Geld zurückbezahlt werden muss. Das Geld muss auch verzinst sein und das ist ein Guthaben für die Gemeinde Kriens.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (gemäss B+A), gegenüber Antrag CVP/JCVP (Kostendach), gegenüber Antrag SP (Darlehen)

Mit 8:7:11 Stimmen entfällt der Antrag der CVP/JCVP

Infolge Operationsfehler sind auf dem Abstimmungssystem keine Detailangaben mehr vorhanden.

1. Abstimmung Antrag Gemeinderat (gemäss B+A), gegenüber Antrag SP (Darlehen)

Mit 13:13 Stimmen ist Gleichstand

Bienz, Bruno	SP: Gewährung eines Darlehens an SCK
Bienz, Viktor	GR: gemäss Vorlage
Binggeli, Michèle	GR: gemäss Vorlage
Büchi, Cla	SP: Gewährung eines Darlehens an SCK
Burkhardt-Künzler, Anita	GR: gemäss Vorlage
Camenisch, Rätö	GR: gemäss Vorlage
Ercolani, Enrico	SP: Gewährung eines Darlehens an SCK
Estermann, Yvette	GR: gemäss Vorlage
Fluder, Hans	GR: gemäss Vorlage
Graber, Kathrin	SP: Gewährung eines Darlehens an SCK
Graf, Alfons	GR: gemäss Vorlage
Kobi, Tomas	SP: Gewährung eines Darlehens an SCK
Koch, Patrick	GR: gemäss Vorlage
Lammer, Thomas	SP: Gewährung eines Darlehens an SCK
Mathis-Wicki, Judith	GR: gemäss Vorlage
Nyfeler, Nicole	SP: Gewährung eines Darlehens an SCK
Piras, Davide	SP: Gewährung eines Darlehens an SCK
Portmann, Michael	SP: Gewährung eines Darlehens an SCK
Rösch, Daniel	SP: Gewährung eines Darlehens an SCK
Schmid, Rolf	GR: gemäss Vorlage
Schwarz, Erwin	SP: Gewährung eines Darlehens an SCK
Sigg, Leo	GR: gemäss Vorlage
Tschümperlin, Erich	SP: Gewährung eines Darlehens an SCK
Vonesch, Andreas	GR: gemäss Vorlage
Zellweger, Martin	GR: gemäss Vorlage
Manoharan, Yasikaran	SP: Gewährung eines Darlehens an SCK

2. Abstimmung Antrag Gemeinderat (gemäss B+A), gegenüber Antrag SP (Darlehen)

Mit 13:13 Stimmen ist wieder Gleichstand

Bienz, Bruno	SP: Gewährung eines Darlehens an SCK
Bienz, Viktor	GR: gemäss Vorlage
Binggeli, Michèle	GR: gemäss Vorlage
Büchi, Cla	SP: Gewährung eines Darlehens an SCK
Burkhardt-Künzler, Anita	GR: gemäss Vorlage
Camenisch, Rätö	GR: gemäss Vorlage
Ercolani, Enrico	SP: Gewährung eines Darlehens an SCK
Estermann, Yvette	GR: gemäss Vorlage
Fluder, Hans	GR: gemäss Vorlage
Graber, Kathrin	SP: Gewährung eines Darlehens an SCK
Graf, Alfons	GR: gemäss Vorlage
Kobi, Tomas	SP: Gewährung eines Darlehens an SCK
Koch, Patrick	GR: gemäss Vorlage
Lammer, Thomas	SP: Gewährung eines Darlehens an SCK
Mathis-Wicki, Judith	GR: gemäss Vorlage
Nyfeler, Nicole	SP: Gewährung eines Darlehens an SCK
Piras, Davide	SP: Gewährung eines Darlehens an SCK
Portmann, Michael	SP: Gewährung eines Darlehens an SCK

Rösch, Daniel	SP: Gewährung eines Darlehens an SCK
Schmid, Rolf	GR: gemäss Vorlage
Schwarz, Erwin	SP: Gewährung eines Darlehens an SCK
Sigg, Leo	GR: gemäss Vorlage
Tschümperlin, Erich	SP: Gewährung eines Darlehens an SCK
Vonesch, Andreas	GR: gemäss Vorlage
Zellweger, Martin	GR: gemäss Vorlage
Manoharan, Yasikaran	SP: Gewährung eines Darlehens an SCK

Da zwei Mal Gleichstand war hat Raphael Spörri den Stichentscheid. Er ist für den Antrag der SP und somit ist dieser angenommen.

Seite 15 - Stellungnahmen der Nutzer zum vorliegenden Bauprojekt

Erich Tschümperlin sagte in seinem Votum, dass im Abschnitt 4 steht, dass man Rücksicht nehmen muss auf ein Wettkampfbüro, auf ein Sanitätszimmer und dass die Beschallungsanlage nicht vergessen werden darf. Weiss man nun schon, ob man etwas hat oder vergisst man das wieder?

Gemäss Franco Faé sind auf dieser Seite Aussagen zum Breitensport. Diese Anliegen wurden selbstverständlich entgegengenommen. Erstens sind solche Räume geplant, aber selbstverständlich nicht explizit für ein Wettkampfbüro auf die andere Seite ausgerichtet. Man kann sich ja vorstellen, wie oft dies im Jahr genutzt wird. Jedoch wurde es natürlich auch mit dem SCK abgesprochen, dass die Räume auf der Westseite für das Wettkampfbüro / Sekretariat genutzt werden können. Es ist ein Nutzungsrecht im Vertrag vorhanden und auch in den Gesprächen hat man dies festgelegt. Man findet ganz sicher eine Lösung. Die Beschallungsanlage ist natürlich für das Stadion gedacht und nicht für die Leichtathletikanlage. Bei Anlässen hat man dort bis jetzt immer temporär eine eingesetzt. Das wäre eine sehr teure Investition, im Vergleich zum wenigen Gebrauch.

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Für die Realisierung der Aussenanlagen des Sportzentrums Kleinfeld wird ein Bruttokredit als Sonderkredit in der Höhe von Fr. 5'144'000.00 bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend den Veränderungen des Baukostenindex. Die Gemeinde kann dem SCK ein Darlehen gewähren, falls der SCK die Finanzen für die Auflagen der Challenge League nicht aufbringen kann.*
2. *Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.*
3. *Mitteilung an den Gemeinderat zum Vollzug.*

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 006/16:
Der Beschlussestext wird mit 24:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	Enthaltung
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	ja

Ercolani, Enrico	ja
Estermann, Yvette	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	Enthaltung
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwarz, Erwin	ja
Sigg, Leo	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Zellweger, Martin	ja

4. Bericht und Antrag: Mantelnutzung im Stadion Kleinfeld für die Sportschule Kriens, Sonderkredit und Eventualverpflichtung Nr. 004/16

Gemäss Martin Zellweger, KFG, ist der vorangehende B+A zwar Voraussetzung für die Mantelnutzung im Stadion Kleinfeld für die Sportschule Kriens. Umgekehrt scheint jedoch auch diese Form der Mantelnutzung ein wichtiger Grund für die klare Zustimmung zum Baukredit zu sein. Es ist somit nicht weiter verwunderlich, dass die KFG einstimmig auf diesen Antrag eintritt und ihm auch zustimmt. Mit dem Umzug der Sportschule werden mehrere gute Lösungen kombiniert. Die Sportschule findet Raum für die Umsetzung der integrativen Förderung. Hier erübrigt sich die Suche einer Lösung, die der Gemeinde zusätzliche Kosten verursacht hätte. Durch die freiwerdenden Räumlichkeiten im Schulhaus Krauer kann dringend benötigter Schulraum geschaffen werden, ohne dass Zusatzkosten anfallen. Als kritisch wurde die relativ kurze Leistungsvereinbarung mit dem Kanton betrachtet. Auch eine Verlängerung bis 2022 bedeutet immer noch, dass kurze Zeit nach Fertigstellung des Stadions eine Zusicherung fehlt und erneuert werden muss. Angesichts der finanziellen Lage und der neusten Haltung des Kantons betreffend KP17 ist dies grundsätzlich als Risiko zu betrachten, auch wenn man nicht damit rechnet. Als Absicherung dieses Risikos kann jedoch berücksichtigt werden, dass sogar bei einem eher unwahrscheinlichen Wegfall der Sportschule, die Räumlichkeiten ohne Mehraufwand durch den wachsenden Eigenbedarf an Schulraum abgedeckt werden könnte. Die KFG hält dabei fest, dass es wichtig ist, dieses Risiko in der Schulraumplanung zu beobachten, um im Eintretensfall frühzeitig temporäre Überkapazitäten zu verhindern. Die KFG tritt auf den B+A ein und stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Die KBSG hat laut Erwin Schwarz den B+A für die Mantelnutzung im Stadion Kleinfeld für die Sportschule diskutiert und der zuständigen Gemeinderätin die entsprechenden Fragen gestellt. Dem Bericht und Antrag wurde einstimmig zugestimmt. Generell wird der Zukunfts-Charakter des Projektes positiv beurteilt. Auch die frei werdenden Räume im Krauer-Schulhaus sind natürlich positiv. Fragen bezüglich der Kosten im Zusammenhang mit der Verschuldung der Gemeinde standen ebenfalls zur Diskussion. Aber in der Gesamtbeurteilung überwiegen die positiven Effekte. Moniert wurde, dass die Planungssicherheit nur für die Kosten gilt, aber nicht für die Einnahmen. Im Kanton Luzern sieht man momentan keinen zuverlässigen Partner

für solche Projekte. Die Leistungsvereinbarung mit dem Kanton dauert bis zum 31. Juli 2021. Mit Brief vom 2. September 2016 hat der Kanton Luzern, Dienststelle Volksschulbildung, dem Gemeinderat von Kriens eine Absichtserklärung zugestellt, dass keine Absicht besteht, nach 2021 die Sportschule umzuplatzieren bzw. eine weitere Sportschule in der Region zu errichten. Somit ist eine gewisse Sicherheit auf der Einnahmenseite über 2021 hinaus gegeben, aber leider nur in Form einer Absichtserklärung. Bemängelt wurde, dass das Raumangebot für die Sportschule zu grosszügig ist. Gemäss Judith Luthiger-Senn richtet es sich nach kantonalen Vorgaben, auch bezüglich dem Unterricht für integrative Förderung. Der Mietzins von Fr. 280.00-/m² inkl. Lüftung, wird als sehr grosszügig erachtet. Bemängelt wurde, dass für den Benchmark nur ein Objekt betrachtet wurde, welches sich auch nicht unbedingt dazu eignet. Trotz allen Bedenken wurde das Projekt als positiv beurteilt und der B+A wurde einstimmig angenommen.

Gemäss Andreas Vonesch ist die CVP/JCVP-Fraktion für Eintreten und stimmt dem B+A zu. Durch den Umzug der Sportschule in die Mantelnutzung im neuen Stadion Kleinfeld ergibt sich für die Volksschule Kriens eine sehr gute Situation. Zum einen erhält die Sportschule zeitgemässe Räumlichkeiten, welche auch das integrierte Schulmodell zulassen. Zum anderen wird im Krauer-Schulhaus Platz für sechs Klassen frei. Dieser Schulraum wird dringend benötigt. Auch wenn der Kanton keine langfristigen Verträge eingeht und man weiss, dass der Kanton nicht mehr immer ein verlässlicher Partner ist, schätzt die CVP/JCVP-Fraktion das Risiko als klein ein, dass die Sportschule nicht in Kriens bleibt. Dies aus der Überlegung, dass erstens die Sportschule Kriens einen ausgezeichneten Ruf genießt und in Kriens gefestigt ist, und zweitens, dass die gesamte Infrastruktur nicht einfach so an einem anderen Ort eingerichtet werden kann. Und auch wenn die Sportschule wegziehen sollte, so können die Räumlichkeiten weiterhin durch die Volksschule genutzt werden. Der marktübliche Zins von Fr. 280.00 wurde in den Kommissionen kritisch hinterfragt. Es wurde versichert, dass man seriöse Abklärungen dazu getroffen hat. Positiv beurteilt die CVP/JCVP-Fraktion auch die Langfristigkeit des Mietvertrages, welcher mit seinen 15 Jahren und der Option zur Verlängerung von zusätzlich 3 mal 5 Jahren eine Planungssicherheit gibt, welche gerade aus heutiger Sicht im Rahmen der Klassen- und Schulplanung wichtig ist.

Die SVP-Fraktion schliesst sich nach Räto Camenisch seinen Vorrednern an. Es ist eine Win-Win-Situation. Die gesamte Nutzung ist vernünftig aufgebaut und gibt Kriens zusätzlichen Schulraum, der dringend gebraucht wird. Deshalb stimmt die SVP-Fraktion dem B+A zu.

Die FDP-Fraktion erachtet laut Erwin Schwarz die Mantelnutzung des Stadions Kleinfeld mit der Sportschule Kriens als eine optimale Lösung. Die Schulraumplanung profitiert von den frei werdenden Schulzimmern im Krauer-Schulhaus und der Standort für die Sportschule ist optimal. Der Schulraum ist zwar sehr grosszügig ausgelegt, entspricht aber kantonalen Vorgaben. Wenn er wieder für 50 Jahre genügen wird, wie die alten Kleinfeld-Räume, ist das vertretbar. Auch wenn die schlechte Finanzlage der Gemeinde solche Projekte eigentlich nicht zulässt, ist diese Investition gerechtfertigt. Die FDP-Fraktion erachtet das Projekt als Leuchtturm-Projekt, welches weit über die Gemeinde Kriens ausstrahlen wird.

Gemäss Michael Portmann begrüsst auch die SP-Fraktion dieses tolle Projekt fürs sportbegeisterte Kriens. Der Sprechende möchte nicht unnötig verlängern und schliesst sich den Vorrednern an und möchte folgendes anfügen. Auch für die SP-Fraktion ist der Umzug der Sportschule vom Krauer Schulhaus aufs Kleinfeld ein grosses Plus, der gleichzeitig die Schulraum Situation entlastet. Es bleibt nur zu hoffen, dass der Kanton Luzern zukünftig nicht auch hier

an den Rahmenbedingungen schraubt und für Kriens so unerwartete Kosten entstehen. Die SP-Fraktion ist also für Eintreten und stimmt dem B+A zu.

Laut Leo Sigg findet die Grüne/GLP-Fraktion die Lösung mit der Sportschule als Mantelnutzung eine gute und gelungene Lösung. Bei genauer Betrachtung des Projekts überkommt einen jedoch ein ungutes Gefühl. Ihr Eindruck ist, dass alle Risiken die Gemeinde trägt, der Gewinn streicht die LUPK ein. Aus heutiger Sicht hätte die Gemeinde das Projekt besser selbst umgesetzt. Für einen Investor gibt es nichts Besseres als einen verlässlichen Mieter. Die Gemeinde Kriens wird einen Mietvertrag mit einer Mindestlaufzeit von 15 Jahren abschliessen und damit der LUPK Mietzinseinnahmen für diese Zeitspanne garantieren. Gemäss dem vorliegenden B+A soll dies der Planungssicherheit der Gemeinde dienen. Offenbar ist sich die Gemeinde aber durchaus bewusst, dass die Sportschule allenfalls bereits im Jahr 2022 ausziehen könnte. Entsprechend wird davon gesprochen, die Räume können dann für Klassen der Volksschule genutzt werden. Die Grüne/GLP-Fraktion bezweifelt, dass eine solche Umnutzung zur gewöhnlichen Volksschule sinnvoll und ohne erhebliche organisatorische Probleme durchführbar ist. Die Planungssicherheit besteht folglich einzig in Bezug auf die Ausgaben für die Räume. Wie bereits erwähnt, liegt der Gemeinde vom Kanton eine Zusage für die Sportschule bis ins Jahr 2021/22 vor. Die Sportschule kann aber frühestens 2018/19 oder gar ein Jahr später einziehen. Die Gemeinde hat also eine Zusage für zwei oder drei Jahre. Man muss sich heute fragen, ob der Kanton ein verlässlicher Partner ist. Aufgrund der desolaten Finanzen ist eine Weiterführung der Sportschule in Kriens nach 2021/22 nicht sicher. Die Zusammenarbeit mit der Caritas hat gezeigt, dass der Kanton zu einem radikalen Schnitt fähig ist und Erfahrung wenig zählt. Dass auf Abmachungen mit der Gemeinde wenig Rücksicht genommen wird, hat auch die Verschiebung der Polizei ins Schappezentrum gezeigt. Es ist also damit zu rechnen, dass die Gemeinde ab 2022 selber für die Mietkosten aufkommen muss. Kriens trägt also das Risiko für den Investor und den Kanton und zahlt erst noch einen stolzen Mietzins, wie sie findet. Der im Kapitel 5.2 erwähnte Mietzins erscheint der Grüne/GLP-Fraktion nicht als marktüblich, auch wenn dies behauptet wird. Ihre eigenen Recherchen haben ergeben, dass bei fast allen vergleichbaren Objekten der Mietzins erheblich tiefer liegt. Als Vergleich wird der Ersatzneubau Amlehn erwähnt. Sie fragt sich folglich, was genau verglichen wurde? Kann man von einem Ersatzneubau der Gemeinde auf marktübliche Preise schliessen? Die Grüne/GLP-Fraktion vermisst einen Benchmark, welcher mindestens fünf vergleichbare Objekte ausweist, dies auch vor dem Hintergrund, dass ihre Abklärungen wesentlich tiefere Mietpreise ergaben. Alles in allem ist die Lösung mit der Sportschule als Mantelnutzung eine gute und gelungene Lösung. Leider aber ist es einmal mehr so, dass der Gewinn privatisiert wird und das Risiko an die öffentliche Hand geht. Das vorliegende Projekt ist vor allem für den Investor lukrativ. Trotz diesen Bedenken stimmt die Grüne/GLP-Fraktion dem B+A zu.

Judith Luthiger-Senn möchte zuerst auf die positiven Aspekte eingehen. Für die Gemeinde ist es eine Win-Win-Situation, denn ab 2018 kann die Sportschule einziehen. Das integrierte Schulmodell kann in der Sportschule umgesetzt werden. Im Krauerschulhaus gewinnt man so sechs Klassenzimmer. Die Gemeinde hat keine anderen Mietkosten als heute, denn für das Krauer wird eine fiktive Miete bezahlt. Es ist ein Null-Summenspiel. Ohne die Mantelnutzung der Sportschule hätte der Investor wahrscheinlich nicht sofort ja gesagt und die Aussenanlagen hätten nicht so gebaut werden können. Die Sprechende möchte nun auf kritische Voten eingehen. Es wurde gesagt, dass der Mietpreis zu hoch ist. Für die Berechnung hat man den Ersatzneubau Amlehn herangezogen. Es wurde ein theoretische Miete angenommen, inkl. Landanteil. Dann gibt dies pro Klasseneinheit und Jahr einen Geldbetrag von Fr. 280.00. Die Prozentrechnungen kann die Sprechende vorlegen. Beim Sportzentrum Kleinfeld hat man genau dasselbe gemacht und kommt auf den gleichen Betrag. Diese beiden Objekte können sehr wohl als Vergleich beigezogen werden. Weiter wurde gesagt, dass der Kanton kein Ver-

lässlicher Partner ist, da die Polizei nicht ins neue Gemeindehaus einziehen wollte. Die Polizei hätte über Fr. 300.00 für die Miete im neuen Zentrum bezahlen müssen. Der Ausbau im Kleinfeld kostet natürlich einiges mehr, als wenn man beispielsweise in der heutigen Teiggi im Rohbau mit sanfter Sanierung etwas mietet. Das Risiko der Gemeinde wurde von allen angesprochen. Der Kanton darf keine längeren Leistungsvereinbarungen eingehen. Dazu gibt es auch Gesetze. Die Schriftlichkeit wurde vorgelegt und die Vereinbarung gilt bis 2021. Es kam kein Zeichen des Kantons, dass er die Sportschule von Kriens wegnehmen möchte. Die Sprechende glaubt nicht, dass es so schnell möglich ist aus dem Vertrag auszutreten, denn im VBG ist die Betragshöhe auch festgelegt. Die Gesetze können auch nicht so schnell geändert werden. Es kann deshalb davon ausgegangen werden, dass eine Verlässlichkeit da ist, auch wenn ein Restrisiko bestehen bleibt. Sollte der Worst-Case eintreffen, dann können die Räume für die Sekundarklassen gebraucht werden. Dies gibt eine Sicherheit, dass die Räumlichkeiten für gemeindeeigene Zwecke weiterhin genutzt werden können. Der Gemeinderat dankt für das Vertrauen und die Tragung des Restrisikos.

Raphael Spörri stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Für die Miete der Räumlichkeiten der Sportschule Kriens gemäss Mietvertrag zwischen der Einwohnergemeinde Kriens und der Luzerner Pensionskasse wird ein Sonderkredit von Fr. 6'195'000.00 genehmigt. Der Kredit umfasst die Bruttomietzinsen, die Nebenkosten sowie die Einrichtung.*
2. *Für die gemäss Mietvertrag einzugehenden Verpflichtungen (Rückbau, Ausfall Entschädigungszahlungen bei Auflösung des Mietverhältnisses) wird eine Eventualverpflichtung in der Höhe von Fr. 775'000.00 bewilligt.*
3. *Ziffer 1 und 2 dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum.*
4. *Mitteilung an den Gemeinderat zum Vollzug.*

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 004/16:

Der Beschlussestext wird mit 26:0 Stimmen genehmigt.

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	ja
Estermann, Yvette	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja

Graf, Alfons	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwarz, Erwin	ja
Sigg, Leo	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Zellweger, Martin	ja

4a. Dringliches Postulat Büchi: Kaufverhandlungen mit Andritz Hydro AG um freiwerdenden Arealteil

Nr. 008/16

Gemäss Raphael Spörri ist Davide Piras aufgrund seiner Anstellung bei der Andritz Hydro AG in den Ausstand getreten. Der Gemeinderat ist für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Thomas Lammer opponiert.

Gemäss Cla Büchi hat der freiwerdende Arealteil für Kriens eine strategische Bedeutung, weil er zum erweiterten Krienser Zentrum gehört. Durch seine Grösse birgt er für die Entwicklung von Kriens ein grosses Potential. Für die Gemeinde bietet sich nun die Möglichkeit, diesen Arealteil zu erwerben. Es liegt auf der Hand, dass Kriens als Eigentümer mehr Möglichkeiten hat, die Entwicklung des Areals und den Einfluss auf das Ortszentrum zu steuern. Das wäre nur beschränkt möglich, wenn das Areal ein Investor kauft und auf seine Interessen fokussiert entwickeln würde. Der Umstand, dass Andritz Hydro das Land vor einer allfälligen Umzonung verkaufen will, kommt der Gemeinde eigentlich entgegen und wird sich auf den Kaufpreis positiv auswirken, weil es für einen Investor schwierig zu kalkulieren ist, was er zukünftig tatsächlich realisieren kann. Auch wenn der Kauf des Grundstücks die Bruttoverschuldung von Kriens belastet, hat es keine Auswirkungen auf die Nettoverschuldung, da das Grundstück im Finanzvermögen als Aktivposten erscheint. Und sicher wäre das Geld gut investiert, da der Landwert erfahrungsgemäss kontinuierlich ansteigt und eine mindestens teilweise Umzonung zu einer zusätzlichen Wertsteigerung führen würde. Der Kauf wäre eine Investition in die Zukunft und würde der Gemeinde mittel- bis langfristig beträchtliche Einnahmen generieren. Denn die Gemeinde könnte das Land an verschiedene Bauträger im Baurecht abgeben und profitiert von den alljährlichen Baurechtszinsen. Nach Ablauf des Baurechts könnte die Gemeinde wieder frei über das Land verfügen. In diesem Sinne bittet Cla Büchi die Überweisung des Postulats zu unterstützen, denn es ist eine einmalige Chance für Kriens.

Für die CVP/JCVP-Fraktion ist laut Andreas Vonesch unbestritten, dass es sich beim Areal Andritz Hydro um ein für die Gemeindeentwicklung zentrales und sehr wichtiges Gebiet handelt. Damit die Gemeinde mitreden und mitbestimmen kann, ist für die CVP/JCVP-Fraktion

klar, dass die Gemeinde aktiv Kaufverhandlungen mit der Firma Andritz Hydro führen muss. Sie sieht die Dringlichkeit und ist für Überweisung des Postulates der SP.

Gemäss Alfons Graf, SVP-Fraktion, hat die Gemeinde eine riesige finanzielle Belastung wegen den Zentrumsbauten und den Schulhaussanierungen. Jetzt kommt es gewissen Parlamentariern in den Sinn das Andritz Hydro Areal zu kaufen. Mit was will man dies kaufen? Mit Hosenknöpfen? Die Gemeinde hat kein Geld mehr. Es muss eine Priorität gesetzt werden, dass 2019 wieder schwarze Zahlen geschrieben werden können. Man soll den Ball flach halten und am Boden bleiben.

Thomas Lammer spricht für die FDP-Fraktion zu beiden Vorstössen. Beide Vorstösse haben die Absicht das Areal zu erwerben. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist dies eine zentrale Lage und auch ein wichtiges Objekt. Wichtig ist, dass die Finanzierung sichergestellt ist. Dies verlangt die Motion der Grünen/GLP-Fraktion, welche einen Finanzierungsplan verlangt. Für die FDP-Fraktion ist ein Finanzierungsplan nicht einfach einen Kredit aufzunehmen, sondern die Mittel sollen über Desinvestitionen selber beschafft werden. Nur so kommt für die FDP-Fraktion ein Erwerb in Frage. Sie unterstützt die Motion zur Überweisung, lehnt jedoch das Postulat ab.

Auch die Grünen/GLP-Fraktion hat laut Erich Tschümperlin das Gefühl, dass die Stossrichtung der beiden Vorstösse richtig ist. Es ist ein zentrales Objekt in Kriens und man ist daran das Zentrum zu gestalten. Es ist eine einmalige Gelegenheit, dass das Zentrum erweitert wird. Sie ist für Überweisung der beiden Vorstösse. Viele sind der Meinung, dass die Gemeinde Kaufverhandlungen aufnehmen soll. Die Gemeinde wird dies nicht mit Hosenknöpfen finanzieren, sondern man nimmt einen Kredit auf. Die Gemeinde ist heute in der Lage, dass sie Geld für den aufgenommenen Kredit erhält, weil es Negativzinsen gibt. Weiter gibt es einen Baurechtszins, womit die Gemeinde beim Kauf noch etwas verdient. Dies wird hoffentlich ein Beitrag an die Laufende Rechnung sein. Selbstverständlich muss man nachher ein Bauprojekt realisieren, was auch wieder kostet. Kurz- und mittelfristig wird kein Geld drauf gelegt und die Gemeinde hat die Möglichkeit etwas zu entwickeln. Das kann positiv für die nächsten Generationen sein und wird auch die Attraktivität der Gemeinde steigern. Es kann Wohnraum erstellt werden, der gute Steuerzahler nach Kriens zieht. Es soll kein Flickwerk entstehen, dass unattraktiv ist. Darum findet die Grünen/GLP-Fraktion diese Stossrichtung generell gut. Es ist eine einmalige Chance und die Gemeinde muss aktiv werden und zwar jetzt.

Gemäss Alfons Graf ist der Kauf das Eine. Das Areal wieder zu verkaufen wird etwas anderes sein. Man soll dann bei der nächsten Budgetdebatte der SVP nicht wieder vorhalten, dass sie keine Sparvorschläge haben. Denn dies ist ein Sparvorschlag, wenn es nicht gekauft wird.

Martin Zellweger staunt nur. Da steht Kriens vor den Jahren des grössten Schuldenbergs, den man nur langfristig abbauen kann. Man beruft sich auf Disziplin bei Ausgaben und hält die 4-Säulen-Strategie als Begründung für alles bereit. Zugleich wurde die Zusage für das Gemeindezentrum und die hohen Investitionen beim Krienser Volk mit der Begründung abgeholt, dass der ausgesprochene Schuldenumfang nicht grösser, sondern abgebaut wird. Dazu stehen auch weiterhin noch Desinvestitionen im Finanzplan an, welche auch Teil der 4-Säulenstrategie sind und noch nicht getätigt wurden. Und wenn man wie die FDP erwähnt, noch weitere potentielle Desinvestitionen findet, dann doch bitte zum Abbau der Schulden. Und plötzlich soll es möglich sein eine weitere Bruttoverschuldung, weitere Kapitalaufnahme und Zinsrisiken und weitere nicht greifbare Risiken auf die nächsten Jahre einzugehen. Als ob Kriens nicht schon genug Aufgaben und Projekte hat. Dass soll doch bitte nicht in dieser finanziellen

Situation der Gemeinde gemacht werden. Es kann doch nicht die Kernaufgabe der Gemeinde sein Land zusammenzukaufen, nur um die Entwicklung nachhaltig zu beeinflussen und Einfluss auf die Gestaltung des Grundstückes zu haben. Die Gemeinde hat dazu andere Mittel und Wege die sie ausschöpfen soll. Und wenn, dann in einer finanziell gesunden Lage. Es ist die Aufgabe der Gemeinde jetzt die finanzielle Entwicklung wie versprochen zum Besseren zu wenden, die Schulden abzubauen und nicht mit weiteren Risiken auszustatten und weiter zu verschulden. Die Gemeinde hat mit anderen Mitteln Einfluss auf die Ausgestaltung des Areals zu nehmen.

Erich Tschümperlin kommt auf die Risiken von Martin Zellweger zu sprechen. Der Sprechende hat einen Vorstoss zur Mehrwertabschöpfung eingereicht. Dies wurde nun im Bundesgesetz aufgenommen, aber die Ausführung des Kantons lässt noch lange auf sich warten. Wenn die Gemeinde dieses spezielle Objekt kauft, sieht er bei der Belastung auf die laufende Rechnung kein Problem. Teilweise gibt es Negativzinsen und vermutlich auch einen Baurechtszins. Wenn die Gemeinde das Areal mit einem Gestaltungsplan entwickelt und dann umgezont wird, gibt es endlich einmal eine Aufzoning und somit eine Mehrwertabschöpfung. So gesehen ist dies kein Risiko, sondern ein sehr guter Deal, womit die Gemeinde nur profitieren kann. Die Entwicklung kann massgeblich gesteuert werden und die Gemeinde verdient auch noch Geld damit, womit die Schulden abgebaut werden können. Wenn man dies nicht will und nicht sieht, begreift er das nicht.

Enrico Ercolani hat dies anlässlich der letzten Einwohnerratssitzung angestossen. Das Land im Gabeldingen kaufte die Gemeinde für rund 7 Mio. Franken. Heute kann man dies für etwa 60 Mio. Franken veräussern. Das Land im Zentrum kostet pro m² rund Fr. 1'000.00 – 1'500.00. Der Sprechende war jahrelang Unternehmer. Man sagt ja immer, dass in der Politik auch unternehmerisches Denken einfließen soll. Er denkt so wie es Erich Tschümperlin vorher gesagt hat. Es ist so sicher wie das Amen in der Kirche, dass dieses Land mittel- bis langfristig einen erheblichen Wertzuwachs erhält, wenn das Land umgezont wird. Ganz entscheidend ist, wenn die Gemeinde im Besitz dieses Teilareals ist, hat sie auf die Zukunft des Gesamtareals mehr Einfluss. Der Sprechende hat gehört, dass das Hotel Central verkauft wird. Dieses Objekt muss in Bezug auf den zukünftigen Verkehr in Kriens angeschaut werden. Dort oben gibt es einen grossen Engpass. Es wäre fast ein Muss, dass die Gemeinde das Central auch gleich kauft.

Rolf Schmid kommt auf die Wertschöpfung zurück. Er weiss nicht, ob Erich Tschümperlin eine falsche Überlegung macht. Wenn die Gemeinde Eigentümerin des Landes ist, fragt er sich welche Mehrwertabschöpfung es für die Gemeinde gibt, wenn sie es verkauft. Es ist nicht so, dass ein Dritter das Land verkauft und die Gemeinde eine Mehrwertabschöpfung erhält. Er fragt sich, wie dies gehen soll. Muss die Gemeinde sich selber etwas bezahlen? Der zweite Punkt ist das Land im Gabeldingen. Man darf nicht vergessen, dass dort ein Vertrag mit einer gemeinnützigen Gesellschaft besteht, der sagt, dass dieses Land nur für gemeinnützigen Wohnungsbau gebraucht werden darf. Deshalb weiss er nicht, ob dort viel Geld herausgeholt werden kann. Den Einfluss auf das Gesamtareal haben der Einwohnerrat und die Gemeinde mit der zukünftigen Raumplanung und dem BZR in der Hand.

Erich Tschümperlin wurde missverstanden. Es wurde eine Mehrwertabschöpfung verlangt, aber diese wurde nie eingeführt, weil ein obergeordnetes Recht fehlt. Wenn das Land zu einem bestimmten Preis gekauft wird, dieses zu einem späteren Zeitpunkt umgezont und entwickelt wird, verkauft man es zu einem ganz anderen Preis. Das ist dann die interne Mehrwertabschöpfung.

Erwin Schwarz liest aus der Motion vor: „...dass dieses wertvolle Grundstück im Herzen von Kriens in die Hände von Spekulanten kommt.“ Erich Tschümperlin spricht von den Negativzinsen, die sich positiv auswirken und der Wertsteigerung. Der Sprechende hat heute gelernt, dass für die Grünen das Wort Spekulant auch einen positiven Charakter haben kann. In diesem Fall ist es die Gemeinde Kriens, die spekuliert.

Franco Faé erklärt das Vorgehen des Gemeinderates. Er ist bereit das Postulat entgegenzunehmen. Der Gemeinderat ist bereits seit längerer Zeit im Gespräch mit der Andritz Hydro AG wegen der Gestaltung und den Absichten. Er macht sich auch Gedanken, was mit diesem Areal passiert, weil dieses mitten in Kriens liegt. Diese Entwicklung ist wichtig und es muss ein Auge darauf geworfen werden. Der Gemeinderat hatte am 26. Oktober 2016 eine Sitzung mit der Andritz Hydro AG. Weiter wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die das Thema Andritz Hydro behandelt. Eine allfällige Finanzierung ist mit allen Vor- und Nachteilen in Abklärung. Weitere Informationen kann der Sprechende nicht geben. Zwischen dem Gemeinderat und der Andritz Hydro AG wurde Stillschweigen vereinbart. Die Andritz Hydro hat sich dies so gewünscht, weil sie in letzter Zeit in den Medien nicht so dargestellt wurde, wie sie es wollte. Eine Umzonung ist noch nicht passiert. Hier können verschiedene Ideen kommen. Auf diesem Areal gibt es noch einen anderen Eigentümer, nämlich die Firma Marty. Auch weiss niemand, welche Altlasten auf dem Areal sind.

Abstimmung über die Überweisung des Dringlichen Postulats Büchi: Kaufverhandlungen mit Andritz Hydro AG um freiwerdenden Arealteil (Nr. 008/16)

Das Postulat wird mit 13:11 Stimmen bei einer Enthaltung überwiesen.

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	nein
Ercolani, Enrico	nein
Estermann, Yvette	nein
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	n.t.
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	Enthaltung
Schwarz, Erwin	nein
Sigg, Leo	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Zellweger, Martin	nein

4b. Dringliche Motion B. Bienz: Landkauf von Andritz Hydro

Nr. 010/16

Gemäss Raphael Spörri opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung dieser Motion. Er ist jedoch bereit das Anliegen als Postulat entgegenzunehmen. Er fragt den Motionär, ob er bereit ist seinen Vorstoss in ein Postulat abzuändern. Davide Piras bleibt im Ausstand.

Bruno Bienz findet es wichtig, dass der Vorstoss als Motion überwiesen wird. Die Fraktion Grüne/GLP-Fraktion ist der Meinung, dass ein allfälliger Kauf oder Nichtkauf einer der wichtigsten Entscheidungen ist, die der Einwohnerrat fällen muss. Da braucht es jetzt Visionen, um zu sehen, was dort entwickelt werden kann. Verständlich ist auch, dass auf Blick zu den Finanzen der Gemeinde eine skeptische Haltung vorhanden ist. Der Sprechende hatte zuerst auch nicht den Mut. Von Seiten der Bevölkerung wird der Landkauf jedoch unterstützt. Trotzdem ist die Grüne/GLP-Fraktion der Meinung, dass diese Chance nicht verpasst werden darf. Mit einem allfälligen Kauf erhält die Gemeinde einen Gegenwert von einem Areal mitten im Zentrum. Nur so hat die Gemeinde es in der Hand, dass es auf dem Areal eine für Kriens sinnvolle Überbauung gibt. Wenn klar ist, was sinnvoll und machbar ist, kann die Gemeinde das Land im Baurecht an Investoren abgeben. Profitieren würde auch die Andritz Hydro. Man geht nicht davon aus, dass Andritz Hydro von heute auf morgen das Areal verlassen möchte. Sie könnte die Halle bis der ganze Prozess auf Kurs ist, von der Gemeinde mieten. Dies gibt zusätzlich Mietzinseinnahmen. Mit der Überweisung der Motion vergibt man sich nichts, sondern gibt dem Gemeinderat die Chance, die Möglichkeiten auszuloten und dann allenfalls dem Einwohnerrat vorzustellen. Die Motion ist wichtig, denn es braucht einen Finanzierungsplan. Die finanzielle Lage ist nicht so rosig, dass man dies aus der Portokasse bezahlen kann.

Die CVP/JCVP-Fraktion lehnt gemäss Andreas Vonesch die Motion ab. Sie ist für sie in dieser Form zu verbindlich. Gespräche zwischen dem Gemeinderat und der Geschäftsleitung Andritz Hydro sind bereits am Laufen. Der Gemeinderat soll erst einmal die Finanzierung prüfen. Gegenüber der Motion lässt das Postulat dem Gemeinderat den notwendigen Spielraum und bildet ihre Anliegen gut ab.

Räto Camenisch führt aus, dass die SVP-Fraktion damit nicht leben kann. Dies steht quer in der Landschaft. Dieses Areal ist ein Nice-to-have. Dass die Linken nun zu Unternehmern mutieren, ist eigentlich erfreulich, aber ihm fehlt der Glaube. Am Schluss wird es eine Nutzung geben, die im Sinne der Linken ist und die Gemeinde legt drauf, wie dies beim Gabeldingen geschehen ist. Deshalb lehnt die SVP-Fraktion die Motion ab.

Gemäss Thomas Lammer hält die FDP-Fraktion an der Überweisung der Motion fest. Die Aussage von Bruno Bienz hat den Sprechenden etwas irritiert, dass das Areal im Baurecht abgegeben werden kann. Erich Tschümperlin hat vorher von Aufwertungsgewinn gesprochen. Beides zusammen geht miteinander nicht auf. Es ist eine Chance für die Gemeinde das Areal zu kaufen, jedoch ist es auch eine Gefahr. Je nachdem was realisiert wird, ist es relativ schwierig das Grundstück wieder zu verkaufen. Die Chance soll gepackt werden und deshalb soll sich der Gemeinderat engagieren. Die Finanzierung muss jedoch sichergestellt sein.

Die SP-Fraktion unterstützt laut Cla Büchi die Motion, weil dies die logische Konsequenz aus seinem Postulat ist. Es ist ja nicht sicher, dass es tatsächlich zu einem Kauf kommt. In diesen Verkaufsverhandlungen machen ja noch andere mit. Wenn es zu keinem Kauf kommt, wird diese Motion dann einfach gegenstandslos.

Bruno Bienz kann Thomas Lammer beruhigen. Er überlässt es dem Gemeinderat, wie er den Finanzierungsplan machen möchte. Es ist alles möglich und die beste Option soll gewählt werden. Die Chance darf nicht vergeben werden, das Areal zu erhalten. Ob es die Gemeinde dann erhält ist eine andere Frage. Es wäre schade nur zuzuschauen, wie das Areal verkauft wird.

Erich Tschümperlin freut sich, dass die Linken als Unternehmer wahrgenommen werden. Räto Camenisch meinte, dass sie zu Unternehmer mutieren und Erwin Schwarz, dass sie im Spekulantent-Status sind. Im Einwohnerrat darf durchaus unternehmerisch gedacht werden. Es muss nicht immer so sein, dass die Privaten den Gewinn abschöpfen, wenn es irgendwo Gewinn gibt. Die Gemeinde kann auch mal etwas abschöpfen. Es kann durchaus ein gutes Projekt entstehen. Die Befürchtungen von Räto Camenisch, dass es etwas gibt, das nicht verkauft werden kann, sind unbegründet. Die Gemeinde will etwas in die Kassen kriegen und nicht darauf sitzen bleiben. Sie hat in letzter Zeit auch bewiesen, dass Projekte, Bebauungspläne und Entwicklungen von Arealen sehr gelungen sind. Dies gibt eine Aufwertung des gesamten Objektes.

Gemäss Franco Faé hält der Gemeinderat an der Ablehnung fest. Der Gemeinderat muss dies zuerst erarbeiten und die Andritz Hydro AG kann nicht dazu gezwungen werden mit der Gemeinde einen Vertrag abzuschliessen. Der Gemeinderat wird sich weiter damit auseinandersetzen.

1. Abstimmung über die Überweisung der Dringlichen Motion B. Bienz: Landkauf von Andritz Hydro (Nr. 010/16)

Mit 12:12 Stimmen bei 1 Enthaltung ist Gleichstand

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	nein
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	Enthaltung
Camenisch, Räto	nein
Ercolani, Enrico	ja
Estermann, Yvette	nein
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	nein
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	nein
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	n.t.
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	ja
Sigg, Leo	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	nein
Zellweger, Martin	nein

2. Abstimmung über die Überweisung der Dringlichen Motion B. Bienz: Landkauf von Andritz Hydro (Nr. 010/16)

Mit 12:12 Stimmen bei 1 Enthaltung ist Gleichstand

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	nein
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	Enthaltung
Camenisch, Räto	nein
Ercolani, Enrico	ja
Estermann, Yvette	nein
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	nein
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	nein
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	n.t.
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	ja
Sigg, Leo	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	nein
Zellweger, Martin	nein

Da unentschieden ist, hat der Einwohnerratspräsident den Stichentscheid. Raphael Spörri ist für die Überweisung der Motion und somit ist sie überwiesen.

5. Beantwortung Interpellation Ercolani: Gesetzeswidrig aufgestellte Wahlplakate Nr. 236/16

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Raphael Spörri fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Enrico Ercolani wünscht eine Diskussion

Raphael Spörri stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Enrico Ercolani kann mit der Beantwortung des Gemeinderates so nicht zufrieden sein. Seine Interpellation ist darauf zurück zu führen, dass die Kandidatinnen und Kandidaten immer wieder auf die Plakatwälder angesprochen wurden. Sie stören und verschandeln die Landschaft waren mehrfach gehörte Aussagen. Dass der Gemeinderat eine liberale Haltung hat, freut ihn. Allerdings hätten die Abweichungen von den Weisungen nicht mit einem Millimeter Massstab,

sondern mit einem Messband von mindestens 25 Metern Länge gemessen werden müssen. Ebenfalls wurden Standorte gewählt, die klar wider die Weisungen waren. Die Aussage, dass der Gemeinderat die Parteien nicht schikanieren will, ist gut. Dass er seine unsinnigen Weisungen, wie er selber schreibt, nicht mit aller Härte durchsetzen will, findet der Sprechende grandios. Es wird von Sicherheit geschrieben. Damit meint der Gemeinderat wahrscheinlich, dass die schönen Kandidatinnen und Kandidaten, die Verkehrsteilnehmer ablenken könnten. Hat es deswegen tatsächlich schon Unfälle gegeben? Bezüglich Fairness freut es Enrico Ercolani, wenn das vorgegebene Datum für die Plakatierung in Zukunft eingehalten wird. Es muss noch gesagt sein, dass sich keine Partei zu 100 % an die Weisungen gehalten hat, auch die FDP nicht. Trotzdem ist man sich sicher einig, dass Gesetze, Verordnungen und Weisungen nur Sinn machen, wenn sie eingehalten werden und sie eingehalten werden müssen. Der Sprechende dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation und bittet ihn zu prüfen, ob es auf Grund seiner Antwort nicht möglich wäre, die Weisungen im runden Ordner zu entsorgen.

Anita Burkhardt-Künzler, CVP/JCVP-Fraktion, meint, dass laut Enrico Ercolani während den diesjährigen Einwohnerratswahlen zu viel und zu chaotisch plakatiert wurde. In seiner Beantwortung erinnert der Gemeinderat an seine liberale Haltung in dieser Sache, in Anlehnung an die Partei des Interpellanten. Die CVP/JCVP-Fraktion ist der Meinung, dass sich alle Parteien zuerst einmal selber an der Nase nehmen sollten. Vielleicht lassen sich durch Toleranz und Grosszügigkeit mehr Erfolge erzielen, als durch die strafende Peitsche. Von einem Plakatchaos zu sprechen, dünkt sie jedoch eine sehr harte Formulierung. So kann dieses „Chaos“ auch als Vielfalt und Ideenreichtum verstanden werden, welches die einzelnen Plakatierer voneinander abgrenzt. Aus Sicht der CVP/JCVP-Fraktion ist es jedoch zwingend auf eine Gleichbehandlung aller Parteien zu pochen. So räumt der Gemeinderat bei seiner Beantwortung gleich selber mit ein, nicht alle falsch platzierten Plakate mit der gleichen Toleranz behandelt zu haben. Da stellt sich natürlich die Frage weshalb nicht. Denn wenn Regeln aufgestellt werden, sollen diese auch überprüft und umgesetzt werden. Ansonsten sind solche Vorgaben müssig. Wie schon zu Beginn dieses Votums appelliert die Sprechende nochmals an die Fairness aller Parteien, sich beim nächsten Plakatier-Marathon rücksichtsvoll zu verhalten.

Nach Meinung der SVP-Fraktion sollten gemäss Hans Fluder alle Parteien gleich berechtigt sein, wenn es ums Plakatieren geht. Vor den letzten Wahlen wurde jeder Partei eine Dokumentation zugestellt, in der ersichtlich war an welchen Orten in der Gemeinde Plakate aufgestellt werden dürfen und wo keine montiert werden dürfen. Diese Dokumentation hat der Sprechende hier in der Hand. Wenn sich alle Parteien daran halten, gibt es keine Probleme. Wenn ein Plakat am falschen Standort aufgestellt wird, bekommt der jeweilige Präsident ein Telefon von der Gemeinde und in vorgeschriebener Zeit muss das Plakat weggeräumt werden. Die Gemeinde räumt die Plakatständer nach abgelaufener Zeit auf Kosten derjenigen Partei weg. Das war bei der SVP auch schon der Fall. Aus Sicht der SVP-Fraktion wäre es wünschenswert, wenn die Grösse der Werbung vorgeschrieben ist. Er denkt dabei an die CVP, die grosse Stühle an den Plakat-Orten aufstellten. Somit schränkt sich der Platz für die anderen Parteien massiv ein. Auf dem Dorfplatz ist es auch nicht fair, wenn eine Partei gleich mehrere Plakate aufstellt. Wenn alle Parteien sich an die Vorschriften des Dokumentes der Gemeinde Kriens halten und vernünftig plakatieren, gibt es keine Unstimmigkeiten. Von Vorteil wäre es, wenn die handelsüblichen Ständer F4 = 1 Plakat oder F12 = 3 Plakate in einer Reihe zur Anwendung kommen, denn dann hat es für alle Platz.

Yasikaran Manoharan dankt im Namen der SP-Fraktion dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation. Sie hat grundsätzlich nichts hinzuzufügen und wird sich in drei Jahren wieder an die Regeln halten, wie sie es eigentlich immer macht.

Bruno Bienz, Grüne/GLP-Fraktion meint, dass sich der Gemeinderat schon durchsetzt, denn sie mussten das letzte Mal auch Fr. 60.00 Busse bezahlen, weil sie das Plakat nicht innert Frist wegräumten. *“Wer frei von Schuld – werfe den ersten Stein.”* Die FDP ist auch nicht unschuldig und hat bereits mehrere Male Plakate aufgestellt, die an der Grenze waren. Die Grüne/GLP-Fraktion denkt hier schon ein bisschen liberaler als die FDP. Aber das ist auch gut so. Wenn es immer genau nach den Paragraphen gehen soll, muss jetzt die Galli-Zunft auch ermahnt werden, denn das Plakat auf der Krauerwiese ist zu nahe beim Kreisel. Seines Erachtens kann dieses Plakat jedoch bis zur Fasnacht dort stehen bleiben.

Davide Piras möchte die CVP aus der Schusslinie nehmen. Die Stühle werden seit Jahrzehnten von der JCVP aufgestellt. Nach diesem Reglement sind sie nicht gesetzeswidrig und sie haben noch etwas Gutes getan. Denn die JUSO war dankbar dafür und hat ihre Plakate an den Beinen befestigt.

Gemäss Erwin Schwarz ist das genannte Plakat nicht von der Galli-Zunft, sondern von den Neuzünftlern.

Rolf Schmid stellt fest, dass heute Nachmittag die einen zu Unternehmern und die anderen zu Regulatoren mutieren.

Cyrill Wiget meint, dass alle Parteien versuchten im Wahlkampf ihre Kreativität zu leben und niemand absolut korrekt war. Es war nicht gemeint, dass die einen Parteien vorgezogen wurden, sondern man war mit allen Parteien etwas grosszügig. Der Gemeinderat findet, dass Kriens auf sein politisches Leben stolz sein kann. Es läuft viel und viele Parteien engagieren sich. Auch wenn es nicht nur um Parteien und Neuzünftler geht, sollen die Plätze genutzt werden, um das kulturelle und politische Leben zu fördern. Der Gemeinderat hat Verständnis, wenn sich der eine über den anderen aufregt. Wenn man zur Grundidee ja sagt, den anderen leben zu lassen, damit überhaupt etwas an kulturellem und politischem Leben entsteht, dann wird dies halt auch mal zu einer strapazierten Toleranz. Cyrill Wiget kommt nun zum Verfahren. Die Weisungen gibt es eigentlich schon lange. Eine Zeit lang wurden diese fast gar nicht eingehalten und alle haben gemacht was sie wollten. Auf diese Wahlen hin wollte der Gemeinderat die Standorte auf 13 erhöhen. Mit diesen Standorten hätte es eigentlich reichen müssen. Im Gegenzug war der Gemeinderat etwas strenger. In der Praxis hat sich gezeigt, dass sich diese Standorte entwickeln müssen. Die Polizei hat beim einen oder anderen Plakat eingewendet, dass sie gegen das Strassenverkehrsgesetz verstossen haben. Es sollen sich deshalb alle im Grossen und Ganzen daran halten. Der Gemeinderat respektiert natürlich, wenn die Polizei sicherheitstechnische Bedenken hat. Sonst ist er eher liberal. Der Sprechende hofft, dass man mit dieser Praxis beim nächsten Mal einigermaßen gut fährt.

6. Postulat Manoharan: Mobile Plakatständer für zentrumsnahe Plätze

Nr. 243/16

Gemäss Raphael Spörrli opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung dieses Postulats.

Yasikaran Manoharan dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung seines Vorstosses. Zugegeben er war etwas erstaunt und auch etwas erschrocken, als er die hohen Kosten für die

Beschaffung und Bewirtschaftung der mobilen Plakatständer gesehen hat. Seine Forderung lautete: *Der Gemeinderat wird gebeten, die Beschaffung und die Anwendung von mobilen Plakatständer für die Plätze im Ortszentrum (Zentrum Pilatus und Dorfplatz), sowie für weitere zentrumsnahe Plätze zu prüfen und in Varianten vorzustellen.* Sein Anliegen war also, in Anbetracht der Aufwertung der Aussenplätze rund um den neuen Zentrumsbau, soll innerhalb der Umgebungsplanung auch der Einsatz von mobilen Plakatständern mitberücksichtigt werden. Das mit dem Ziel, dass die Zentrumsplätze in Zukunft ein geordnetes und besseres Ortsbild erhalten, ohne dass dabei Plakate um die Bäume gewickelt werden oder ein Wildwuchs von freistehenden Plakaten auf den Plätzen entsteht. Der Abschnitt: „sowie zentrumsnahe Plätze“ sorgte wohl jedoch für Verwirrung. Yasikaran Manoharan nimmt an, der Gemeinderat hat die Kosten für alle Plakatplätze in Kriens gerechnet. Damit lassen sich wohl auch die hohen Kosten begründen. Ihm waren eigentlich jedoch nur die zwei Zentrumsplätze, nämlich der Vorplatz vor dem neuen Zentrum und der Dorfplatz ein Anliegen. Mit dem Abschnitt „sowie zentrumsnahe Plätze“ hat er nur angrenzende Plätze, wie die Bushaltestelle Bellpark gemeint, da er der Meinung war, dass diese Plätze in Zukunft zu einem Ensemble zusammenwachsen. Yasikaran Manoharan hofft, dass er mit seiner Begründung etwas Klarheit schaffen konnte und die Anwesenden dazu bewegt das Postulat zu unterstützen. Noch kurz ein paar Begründungen, wie er sich die Organisation und Umsetzung vorstellen könnte. Auf den zwei genannten Plätzen stellt der Gemeinderat zum Beispiel je fünf oder sechs Plakatständer auf, vorzugsweise das Modell der Luzerner, die beidseitig bespielbar sind. Da müsste auch nichts gekleiert werden, denn die besitzen eine Klarsichtfolie, in der die Plakate nur eingeklemmt werden müssen. Da wird auch der Werkdienst nicht zeitlich überfordert. Die Vergabe der Plakatplätze müsste der Gemeinderat regeln. Aber sinnvollerweise wird bei den Wahlen je Partei und je Exekutivkandidat ein Plakatplatz vergeben. Bei Abstimmungen müsste man das auch sinnvoll regeln. Aber da kann man auch bei den Luzernern abschauen, denn die diskutieren im Moment auch über die Vergabe. Der Sprechende glaubt, das Ganze würde unkomplizierter und gar nicht so teuer verlaufen, wie das in der Begründung überkommt. Zum Punkt Vandalismus gilt zu sagen, dass in Luzern keine der aufgestellten Plakatständer zerstört wurden. Vielleicht auch daher, weil den meisten auch klar bewusst ist, dass das Eigentum der Stadt ist. So gesehen ist die Hemmschwelle weitaus höher. Er hofft auf die Unterstützung des Vorstosses für ein besseres Ortsbild im neuen Zentrum.

Anita Burkhardt-Künzler, von der CVP/JCVP-Fraktion, möchte wissen, ob der Postulant sein Postulat abändert. Für sie ist es grundlegend, ob es sich auf den Gemeindehausplatz bezieht oder noch andere Plätze miteinbezogen werden.

Yasikaran Manoharan möchte dies nur für das Zentrum Pilatus und den Dorfplatz. Mit dem zentrumsnahen Platz meinte er den Platz beim Bellpark, welcher in Zukunft mit dem Vorplatz des neuen Gemeindehauses zu einem Ensemble zusammenwächst. Die Forderung lautet wie folgt: *Der Gemeinderat wird gebeten die Beschaffung und die Anwendung von mobilen temporären Plakatständer für die Plätze im Ortszentrum (Zentrum Pilatus und Dorfplatz) zu prüfen und in Varianten vorzustellen.*

Anita Burkhardt-Künzler, CVP/JCVP-Fraktion, führt weiter aus, dass der Postulant fürs Plakatieren einheitliche Plakatständer möchte, die für alle Parteien von der Gemeinde zu Verfügung gestellt werden. Dies hat der Postulant dahingehend geändert, dass lediglich beim neuen Gemeindehaus und beim Dorfplatz eine einheitliche, ästhetisch ausgewogene Lösung des Plakatierens entstehen soll. Dies kann die CVP/JCVP-Fraktion unterstützen, wenn diese Plakatständer im Kostendach für die neue Gemeindehausumgebung beinhaltet sind. Die bildliche Illustration des Postulates zeigt ein Beispiel, die beim neuen Gemeindehaus auch vorstellbar ist und gut in die Umgebung des neuen Gemeindezentrums passt. So kann die Gemeinde

eigene Anliegen bewerben und bei den Wahlen haben alle Parteien an dieser Stelle einen einheitlichen Auftritt. Trotzdem sollte die eigene Fantasie nicht in Normen gezwängt werden. Deshalb unterstützt die CVP/JCVP-Fraktion ausschliesslich die Prüfung einer einheitlichen Plakatierlösung beim neuen Gemeindezentrum und dem Dorfplatz. Somit ist die CVP/JCVP-Fraktion für eine Überweisung dieses Postulates.

Die SVP-Fraktion ist laut Hans Fluder der Meinung, dass die Plakatständerbeschaffung nicht die Aufgabe der Gemeinde sein kann. In der heutigen Finanzlage ist das schlicht undenkbar. Mit relativ wenig Geld kann jede Partei aus Holzplatten und Holzlatten solche Plakatständer selber anfertigen. Luxusvarianten sind die Ständer aus Metall (F4), die relativ schnell aufgestellt werden können. Diese Ständer sind sehr robust und wenn Vandalen am Werk sind, können diese wenigstens nur umgestossen werden. Bei Holzplattenständern ist der Schaden jeweils grösser und der Plakatverantwortliche muss alles wieder aufstellen und reparieren, das wiederum einige Zeit in Anspruch nimmt. Es ist ihres Erachtens bereits aus finanzieller Sicht nicht möglich, dass die Gemeinde Kriens für die Plakatständer zuständig sein soll.

Die FDP-Fraktion lehnt gemäss Daniel Rösch das Postulat ab. Sie ist der Meinung, dass das Aufstellen von Plakaten für die Mobilisierung von Wählerinnen und Wählern, Aufgabe einer Partei ist. Es kann nicht sein, dass diese Aufgabe bei der Gemeinde geoutsourct wird. Schlussendlich liegt es im Interesse einer Partei ihre Anliegen der Bevölkerung vorzutragen und dafür soll sie auch bereit sein, entsprechenden Aufwand zu betreiben. Der Postulant nennt keine genaue Anzahl von mobilen Plakatständern, welche von der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden sollen. Primär geht es ihm um eine einheitliche und optisch verträgliche Plakatierung. Jedoch haben Parteien heute schon die Möglichkeit durch die Firma APG eine bestimmte Anzahl von Plakaten an bestehenden Plakatständern kostenlos anbringen zu lassen. Dadurch werden die Bedürfnisse des Postulanten nach einer einheitlichen Plakatierung heute schon gedeckt.

Tomas Kobi, Grüne/GLP-Fraktion, führt aus, dass die Idee auf den ersten Blick nachvollziehbar ist, aber trotzdem überzeugt sie nicht. Wie der Gemeinderat sieht sie, dass die momentane Finanzsituation ein solches Begehren nicht zulässt. Auch ist sie der Meinung, dass die Ressourcen des Werkdienstes bezüglich Lagerung und Wartung nicht vorhanden sind. Die Grüne/GLP-Fraktion findet, dass mit den normierten Plakatständern die Originalität und Kreativität leiden. Es stellt sich auch die Frage, welche Partei wie viele Plakatständer zur Verfügung erhält. Werden diese nach Wählerstärke verteilt oder erhalten alle gleich viele? Der Postulant schreibt, dass alle dieselben Bedingungen haben, doch ihr fehlen klare Kriterien, wie dies gelten soll. Aus Sicht der Grüne/GLP-Fraktion ist sie mit dem Gemeinderat einig, dass Fertigprodukte einschränkend sind und befürwortet, dass unkonventionelle Ideen der Parteien durchaus ihre Berechtigungen haben. Deshalb soll dies auch weiterhin so beibehalten werden. Die Grüne/GLP-Fraktion ist für Ablehnung des Postulats.

Enrico Ercolani meint, dass schön plakatieren eben schon schön aussieht. Der Postulant hat Beispielbilder geschickt. Diese Plakatvorrichtungen sehen gut aus. Wenn der Gemeindehausplatz und der Dorfplatz so ordentlich plakatiert werden können, sieht dies verrückt aus. Aber wenn die Gemeinde diese Plakatständer lagert, muss sie diese Plätze verkaufen. Jede Partei kann beispielsweise 10 Plätze kaufen. Diejenigen die übrigbleiben, können von einer anderen Partei hinzugekauft werden. Es darf die Gemeinde nichts kosten, denn sie steht finanziell schlecht da. Wenn daraus ein Profit gemacht werden kann, stimmt der Sprechende zu.

Davide Piras und Anita Burkhardt-Künzler haben ein Bild im Kopf, dass die Plakatständer beim neuen Zentrum bereits eingeplant sind. Sind diese nicht bereits eingeplant? Wenn ja, hat sich diese Sache eigentlich erledigt. Die Gemeinde stellt heute schon die Plakate bei Abstimmungen auf. Er hofft, dass beim neuen Zentrum Pilatus diese Aufgabe auch wahrgenommen wird. Der Sprechende findet das Anliegen für die zwei genannten Plätze gut, denn dort ist es für Parteien am Schwierigsten etwas zu plakatieren.

Cyrill Wiget meint, dass der Postulant sein Anliegen für das politische Leben wohlwollend gemeint hat. Trotzdem ist der Gemeinderat von dieser Idee nicht richtig zu begeistern. Zum einen erstaunt es ihn, dass dies bereits in die Planung eingerechnet worden sein soll. Es gibt eine Gebäudebeschriftung, aber Plakatständer wurden bei der Umgebungsplanung nicht eingerechnet. Die Umgebung wird ja auch mit der Alfred Müller AG geteilt. Die Gemeinde hat nicht das alleinige Benutzungsrecht. Yasikaran Manoharan hat sein Anliegen nun auf den Zentrumplatz und den Dorfplatz verkleinert. Die Berechnung des Gemeinderates hat nichts mit der Anzahl der Plätze zu tun. Bei den letzten Wahlen waren es 100 Kandidatinnen und Kandidaten, die zur Wahl standen. Wenn jeder Anspruch auf ein Plakat hat, ist man bei 100 Ständern. Die Plakatständer F1 kosten pro Stück ca. Fr. 300.00. Somit kommt man auf den Betrag von Fr. 30'000.00. Cyrill Wiget fragt sich auch, wo dann diese Plakatständer gelagert werden sollen. So locker flockig wie es daherkommt, ist es schon nicht. Es kommt noch die Frage, wer all diese Plakate kleistert und aufstellt. Wenn dies durch den Werkhof gemacht wird, sind die Kosten nicht ganz unbeträchtlich. Auch wenn die Gemeinde genügend Geld hätte, ist der Gemeinderat trotzdem nicht begeistert. Die Versuche etwas Ausserordentliches zu machen sind interessant und kreativ. Deshalb ist der Gemeinderat froh, wenn das Postulat nicht überwiesen wird.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Manoharan: Mobile Plakatständer für zentrumsnahe Plätze (Nr. 243/16)

Das Postulat wird mit 15:10 Stimmen bei einer Enthaltung nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Rätö	nein
Ercolani, Enrico	nein
Estermann, Yvette	nein
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	Enthaltung
Schwarz, Erwin	nein
Sigg, Leo	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	ja
Zellweger, Martin	nein

7. Postulat Heiz: Längere Öffnungszeiten der Verwaltung

Nr. 245/16

Gemäss Raphael Spörri ist der Gemeinderat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

8. Postulat Kaufmann: Win-Win: Doppelturnhalle plus Schulraum

Nr. 247/16

Gemäss Raphael Spörri ist der Gemeinderat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Erwin Schwarz opponiert der Überweisung.

Gemäss Davide Piras hat die Schulraumplanung, welche letzten Juni im Einwohnerrat besprochen wurde, den einen oder anderen hier drinnen überrascht. Der Einfluss der Geburtenrate, sowie der Bautätigkeit in LuzernSüd haben eine starke langfristige Auswirkung auf die Schülerzahl. Denn durch den starken Anstieg der Primarschülerinnen und Primarschüler wird ab dem Schuljahr 2025/26 ein zusätzlicher Bedarf von 11 Sekundarklassen resultieren. Zusätzlich wird ab Schuljahr 2025/26 ebenfalls eine zusätzliche zentrale Turnhalle für alle Schulstufen benötigt. Der Gemeinderat wird sich demnächst der Ausarbeitung einer Strategie für zusätzlichen Schulraum und Turnhallenangebot widmen müssen. Die Postulantin Christine Kaufmann-Wolf möchte mit ihrem Vorstoss, dass bei der anstehenden Sanierung der Fenkerturnhalle auch die Möglichkeit geprüft wird, anstelle einer teuren Einzel-Ersatz-Turnhalle gleich eine Doppelturnhalle mit Aufbau für Schulzimmer zu bauen. Mit einer solchen Variante können zwei Bedarfsforderungen auf einen Schlag gelöst werden. Denn die zentrale Lage der Turnhalle ist absolut ideal. Die Hallen könnten von den Schülern der mehreren umliegenden Schulhäusern schnell und unkompliziert erreicht werden. Das sind Schülerinnen und Schüler vom Bleiche, Grossfeld 1-3, Dorfschulhaus, Kindergarten Fenkern, Kirchbühl 1+2, Krauer und Meiersmatt 1+2. Die zusätzlichen Klassenräume in den aufgebauten Etagen wären ebenfalls in unmittelbarer Nähe zum Schulhaus Kirchbühl und somit eine Erweiterung des Sekundarschulhauses. Damit ein solches Gebäude nicht zu hoch würde, könnte der Baukomplex abgesenkt werden. Dies wurde bei der Turnhalle beim Schulhaus Säli in Luzern erfolgreich ausgeführt. Die Mitteilung, dass die Turnhalle Fenkern angeblich im Baurecht gebaut worden ist, ist für alle eine grosse Überraschung. Es war bisher unbekannt, dass die Gemeinde Kriens Schulbauten im Baurecht hat. Die CVP/JCVP-Fraktion fragt sich, ob es in Kriens noch weitere Schulanlagen mit Baurechtsverträgen gibt. Sie bittet den Gemeinderat kurz dazu Stellung zu nehmen. Der Vorschlag von Christine Kaufmann-Wolf ist pragmatisch, weitsichtig, lösungsorientiert und eine Überprüfung wert. Mit einer Variante Doppelturnhalle und Schulraum können zwei anstehende Bedarfsforderungen auf einen Schlag gelöst werden. Es ist eine Win-Win Lösung. Die CVP/JCVP-Fraktion ist für die Überweisung des Postulats und bedankt sich jetzt schon auch im Namen von Christine Kaufmann-Wolf für die Unterstützung.

Die KBSG ist laut Erwin Schwarz mit dem Stimmenverhältnis von 6:2 für die Überweisung dieses Postulates. Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass der Vorstoss in die Gesamtstrategie passt und neue Turnhallen benötigt werden. Weiter können mit dem Schulraum Kirchbühl Synergien genutzt werden.

Gemäss Patrick Koch ist die Schulraumplanung für die SVP-Fraktion eine rollende Planung. Periodische Überarbeitungen sind ein Muss. Neue innovative Ideen sollen geprüft werden und darin Platz haben. Das Postulat Kaufmann zielt in die richtige Richtung. Bestehende Gebäude sollen, wenn immer möglich, aufgestockt werden. Auch die öffentliche Hand muss sich zum verdichteten Bauen bekennen. Es darf nicht sein, dass die letzten Schulspielwiesen verbaut werden. Der Sprechende verweist auf die überwiesene Bemerkung zur Spielwiese beim Roggernschulhaus. Durch die rege Bautätigkeit entstehen in Kriens neue Quartiere. Sinnvoll ist, dass der Schulraum dort geschaffen wird, wo die Schüler zu Hause sind. Dies gilt vor allem für Primarschüler. Deshalb wird Patrick Koch zu einem späteren Zeitpunkt noch einen eigenen Schulraumvorstoss einreichen. Die SVP-Fraktion ist für Überweisung des vorliegenden Vorstosses.

Die FDP-Fraktion ist laut Erwin Schwarz der Meinung, dass die rollende Schulraumplanung schon grosszügig ausgelegt ist und dass man die Planung ohne zusätzliche Bedarfsansprüche rollen lassen soll. Politische Vorstösse verursachen immer auch Kosten, denn die Verwaltung beginnt zu rollen. Beim vorliegenden Postulat ist die FDP-Fraktion der Ansicht, dass auf Grund der Voraussetzungen die Chance für eine Realisierung des Projektes sehr gering sind. Das Areal ist im Eigentum der EWL und es handelt sich um eine Baurechtsparzelle in einem Grundwasser-Schutzgebiet. Das Baurecht müsste neu verhandelt werden. Die FDP-Fraktion beantragt deshalb eine Nichtüberweisung des Postulates.

Cla Büchi sagt, dass die SP-Fraktion den Vorstoss von Christine Kaufmann-Wolf und die Prüfung durch den Gemeinderat begrüsst. Angesichts des künftigen Bedarfs an Schulraum und Turnhallen und der zentralen Lage des Standortes Fenkern ist ein Neubau einer Doppelturnhalle und zusätzlichen Schulraum durchaus eine interessante Option. Im Speziellen auch, weil mit der Schulanlage Kirchbühl Synergien möglich sind und der zusätzliche Schulraum andere Schulhäuser wie das Meiersmatt oder Roggern entlastet werden.

Laut Bruno Bienz unterstützt die Grüne/GLP-Fraktion dieses Postulat. Sie hat schon beim Planungsbericht klar und deutlich erwähnt, dass für sie Aussenräume und Turnhallen sehr wichtig sind. Da das Land nicht im Besitz der Gemeinde ist, wird wahrscheinlich eine Doppelturnhalle nicht realistisch sein. Aber das gehört ihrer Meinung nach sauber abgeklärt. Realistischer sieht die Grüne/GLP-Fraktion den Aufbau für Schulzimmer. Die Nutzung der Synergien mit dem Kirchbühl macht sicher Sinn. Im Sinne einer nötigen Turnhallenplanung gehören auch diese Anlage sowie auch die mögliche Nutzung der Saalsporthalle zu den zu prüfenden Möglichkeiten.

Judith Luthiger-Senn dankt für die Voten. Der Gemeinderat möchte dieses Postulat entgegennehmen. Es können Verhandlungen aufgenommen werden. Man möchte nichts unversucht lassen, solche Abklärungen zu machen. Wenn das Postulat überwiesen wird, nimmt man mit der EWL Verhandlungen auf. Wichtig ist einerseits, dass in der Sekundarstufe nur ein Schulkreis besteht. Es ist zumutbar, dass Sek-Schülerinnen und Schüler weitere Wege in Kauf nehmen. Die Synergien mit dem Kirchbühl können gut genutzt werden, denn es müssen nicht mehr so viele Fachräume erstellt werden.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Kaufmann: Win-Win: Doppelturnhalle plus Schulraum (Nr. 247/16)

Das Postulat wird mit 22:4 Stimmen überwiesen.

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	nein
Estermann, Yvette	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	ja
Schwarz, Erwin	nein
Sigg, Leo	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Zellweger, Martin	ja

**9. Motion Tanner: Einführung Finanzhaushaltsreglement mit HRM2
Nr. 249/16**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

**10. Bericht Postulat Piras: Zentrale Anlaufstelle für die Krienser
Vereine
Nr. 210/15**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

**11. Bericht Postulat Burkhardt: Pilatusbahnen – Echte Vergünsti-
gungen für die Krienser Bevölkerung
Nr. 215/15**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

**12. Beantwortung Interpellation Graf: Vergabe der Abbrucharbeiten
der gemeindeeigenen Häuser im Hochwald Nr. 242/16**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

**13. Postulat Piras: Langfristige Schulraumplanung mit einer neuen
Schulanlage Nr. 001/16**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

14. Fragestunde

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

Schluss

Raphael Spörri bedankt sich für das aktive Mitmachen und Diskutieren.

Die nächste Einwohnerratssitzung ist am 15. Dezember 2016. Es ist eine ganztägige Sitzung geplant. Die Geschäftsleitung entscheidet jedoch erst am Dienstag. Anschliessend an die Dezember-Sitzung findet das Weihnachtsessen im Schloss Schauensee statt.

Zu Beginn der Sitzung forderte er auf, gemeinsam nach dem kleinsten „Übel“ zu suchen und zum Wohle der Gemeinde gute Beschlüsse zu fassen. Er überlässt dies jedem Einzelnen zu entscheiden, ob das kleinste Übel gefunden wurde.

Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Restaurant Neuhof.

Die Sitzung schliesst um 19:00 Uhr.

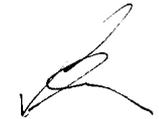
Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Die Einwohnerratspräsident:



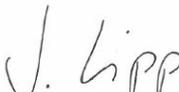
Raphael Spöri

Der Gemeindeschreiber:



Guido Solari

Die Protokollführerin:


Janine Lipp